

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 2,00 M. Im voraus zahlbar, Postbezug 4,00 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnements 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Balk und Zeit“ und „Kindererwerb“, ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Jugend“, „Blitz in die Wälder“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konzentration des Blattes auf die Arbeiterbewegung hat zu einer Verengung des Blickfeldes geführt. Die Redaktion hat sich bemüht, die Breite des Blickfeldes wieder zu gewinnen. Die Redaktion hat sich bemüht, die Breite des Blickfeldes wieder zu gewinnen.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskontokonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 2

Reichsrat gegen Lex Brüning.

Rebellion der Länder.

Der Reichsrat beschäftigte sich am Donnerstag nachmittag mit der vom Reichstag beschlossenen Abänderung der Lex Brüning. Danach sollen die Einnahmen aus der Lohnsteuer, soweit sie 1300 Millionen im Jahre übersteigen, derart verwendet werden, daß 75 Millionen für die knappschaftliche Pensionsversicherung zur Verfügung gestellt werden und der Rest für den Ausbau und die Erhaltung der materiellen Leistungsfähigkeit der Invalidenversicherung verwendet wird.

Das Gesetz soll nach dem Reichstagsbeschluss für fünf Jahre gelten.

Über die Ausschussberatungen des Reichsrats berichtete der preussische Ministerialdirektor Dr. Bredt. In den Ausschüssen, so führte er aus, bestanden gegen das Gesetz in dieser Form übereinstimmend lebhafteste Bedenken. Diese richteten sich aber nicht gegen die sozialen Ausgaben, sondern sie bezogen sich auf andere grundsätzliche Erwägungen. Die Ansichten darüber, in welchem Umfang Einspruch gegen das Gesetz zu erheben sei, waren verschieden. Insbesondere wurden verschiedene Anträge über die anderweitige Befristung des Gesetzes gestellt. Dem Antrag, daß das Gesetz nur für ein Jahr gelten solle, wurde zugestimmt, aber im übrigen sollte Einspruch erhoben werden. Der Beschluss der Ausschüsse lautet wie folgt:

Der Reichsrat legt gegen das vom Reichstag am 28. Juni 1929 beschlossene Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Befristung der Einnahmen aus der Lohnsteuer Einspruch ein.

Begründung: Der Reichsrat hält mit Rücksicht auf die nachfolgend aufgeführten Bedenken eine fünfjährige Dauer des Gesetzes nicht für tragbar.

Mit einer einjährigen Dauer würde er sich abfinden.

Die Bedenken richten sich nicht gegen die mit dem Gesetz beabsichtigten sozialen Ausgaben, sie richten sich vielmehr gegen die gewählte Art der Bewilligung, und zwar

1. gegen die außerordentlich hohe Form der Bewilligung;
2. gegen die feste Verfügung über Einnahmen von unübersehbarer Höhe und die darin liegende Zweckbindung eines Teiles der allgemeinen Steuer auf die Dauer von fünf Jahren. Die Lohnsteuer ist keine besondere Steuer, sondern nur eine Erhebungsform der allgemeinen Einkommensteuer; sie trifft nicht nur kleine Einkommen, sondern alle, auch die höchsten Gehaltsbezüge und stellt für Gehaltsbezüge bis zu 9200 Reichsmark die gesamte Einkommensteuer dar;

3. gegen den mittelbaren Eingriff in den Finanzhaushalt, der darin besteht, daß das Gesetz den Charakter der Einkommensteuer als Umlagesteuer, die zu 75 Proz. den Ländern und Gemeinden zusteht, in Frage stellt.

Der Reichsrat ist damit einverstanden, daß die in dem Gesetze vorgesehene sozialen Ausgaben bis zur endgültigen Regelung außerordentlich von der Reichsregierung geleistet werden.

Ein Antrag Preußens will in der Begründung sagen „mit einer zweijährigen Dauer“.

Bayerischer Gesandter v. Preger beantragte zur Geschäftsordnung, über den ersten Satz, also mit Ausschluß der Begründung, zunächst abzustimmen.

Preussischer Staatssekretär Dr. Weismann hält den Vorschlag Bayerns nicht für richtig. Der Antrag der Ausschüsse geht nicht lediglich darauf aus, Einspruch einzulegen, sondern er ist ein untrennbares Ganzes.

Einspruch soll nur soweit eingelegt werden, als eine Festlegung auf fünf Jahre verlangt wird.

Wir erklären, das machen wir nicht mit, wir legen uns nur für ein Jahr oder nach dem Antrage Preußens für zwei Jahre fest. Gegen Sie aber Einspruch ein, so, wie Bayern es will, so ist damit das ganze Gesetz gefallen und das ist es gerade, was wir vermeiden wollen. Darum bitte ich Sie, über den Ausschussantrag im ganzen abzustimmen.

Nach weiterer Geschäftsordnungsdebatte wurde der bayerische Antrag, zuerst lediglich über die Einspruchserhebung abzustimmen, in namentlicher Abstimmung mit 39 gegen 27 Stimmen abgelehnt. Nunmehr begründete Staatssekretär Dr. Weismann den preußi-

schen Antrag betreffend die zweijährige Befristung in der Begründung. Er führte aus:

Sie wissen, daß gerade die Verhandlungen über die Lex Brüning zu ungeheuren Komplikationen im Reichstag geführt haben. Fünf Jahre sind uns sehr un bequem. Die Reichsregierung hat aber, wenigstens zwei Jahre zu bewilligen, weil die Zahlungen von 75 Millionen an die Knappschaft im Westen sich richten nach der zweijährigen Dauer der Tarifverträge. Im Westen würde eine Unruhe entstehen, die gar nicht zu schildern ist, wenn wir nur ein Jahr annehmen. Das würde eine gerade mühselig beruhigte Arbeiterschaft in derartige Unruhe versetzen, daß der sich daraus ergebende Zustand wenig tragbar sein würde, weil das Reich, wie Sie ja alle wissen, vor schweren Verhandlungen steht. Ich will es ausdrücklich aussprechen: glauben Sie, daß es für die preussische Staatsregierung ein Vergnügen ist, für diesen Antrag zu stimmen und nicht mit Bayern Einspruch einzulegen? Wir wissen doch, daß alle diese Zahlungen aus dem Säckel der Länder gemacht werden.

Der Vertreter der Rheinprovinz, Stadtrat Gilling, erklärte, zugleich auch im Namen des Vertreters der Provinz Westfalen: Ich bedauere aufs lebhafteste, daß die Fristdauer des Gesetzes auf ein oder zwei Jahre festgelegt werden soll. Es können sich doch im Reichstag Schwierigkeiten für die Durchführung ergeben. Es ist sogar die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß durch den Beschluss des Reichsrats die Durchführung des Gesetzes vereitelt wird.

Daraus ergeben sich unabsehbare Schwierigkeiten für die lohnpolitische Lage im Bergbau und auch für die Besserung der Lage der Invalidenrentner.

Sächsischer Gesandter Dr. Grodmann: Der Vertreter Preußens hat dargelegt, daß eigentlich ein Einspruch der Länder notwendig ist. Wenn das aber nicht geschieht, so folgt daraus, daß die Frist für ein Gesetz, das für die Länder höchst unerwünscht ist, möglichst kurz angesetzt werden muß. Wenn Staatssekretär Dr. Weismann meinte, daß im Westen große Unruhe entstehen könnte, so glaube ich, daß diese Befürchtungen nicht zutreffen, denn unser Einspruch bezieht sich ja nicht auf die sozialpolitischen Ausgaben, sondern es handelt sich nur um die Deckung für diese Ausgaben, und wir haben alle Veranlassung, dem Reich zu sagen, daß es die Deckung für diese Ausgaben in anderer Weise suchen soll. Wir würden bereit gewesen sein, dem Einspruch Bayerns schon jetzt zuzustimmen, aber wie wollen dem Reich in der augenblicklichen Finanzlage nicht die Schwierigkeiten vermehren. Wir halten aber eine Frist von einem Jahre für genügend, und ich bitte deshalb, dem Ausschussantrag zuzustimmen.

Bayerischer Gesandter v. Preger: Ich möchte mich insofern dem Vorredner anschließen, als auch ich betonen möchte, daß der Einspruch Bayerns keineswegs sich gegen die sozialen Ausgaben richtet. Wir wenden uns nur dagegen, daß diese sozialen Ausgaben gemacht werden auf Kosten der Länder. Wir haben den Artikel 8 der Verfassung für uns. Danach muß das Reich, wenn es Einnahmen für sich in Anspruch nimmt, die den Ländern zustehen, auf die Lebensfähigkeit der Länder Rücksicht nehmen. Redner beantragte in der Begründung, den Satz zu streichen „mit einer einjährigen Dauer würde er sich abfinden“, ferner auch die Nummern 1 und 2 zu streichen, dagegen Nummer 3 stehen zu lassen.

Der bayerische Antrag wurde abgelehnt. Auch ein Antrag des Vertreters der Provinz Westfalen, wieder die fünfjährige Fristdauer einzulegen, fand nicht die genügende Unterstützung.

Der Antrag Preußens (zweijährige Dauer) wurde in namentlicher Abstimmung mit 37 gegen 29 Stimmen angenommen.

Mit dem preussischen Antrag wurde der Vorschlag der Ausschüsse angenommen.

Staatssekretär Dr. Poppi erklärte, daß der Reichsfinanzminister Kenntnis davon nehme, daß der Reichsrat mit der vorläufigen Leistung der betreffenden sozialen Ausgaben einverstanden sei, und nach diesem Beschluss des Reichsrats verfahren werde.

Nachdem noch das Gesetz über Leistungen in der Invalidenversicherung angenommen war, vertagte sich der Reichsrat.

reich verbundenen Staaten an den Verhandlungen über die Rheinlandräumung und anderer zwischen Deutschland und Frankreich stehender Fragen.

Französische Sozialisten und Schuldenfrage.

Paris, 4. Juli. (Eigenbericht.)

Die sozialistische Kammergruppe besaßte sich in einer Vormittagsitzung am Donnerstag wieder mit der internationalen Schuldenfrage und beschloß einstimmig, die Ratifikation der Schuldenabkommen nicht in der von der Regierung gewünschten Form anzunehmen. Zur Frage der Vorbehalte wird die Fraktion in einer weiteren Sitzung Stellung nehmen.

Die Regierung Englands ist zurückgetreten. Der Führer der nichtsozialistischen Arbeiterpartei, Strandmann, soll das neue Kabinett bilden.

Akademische Freiheit?

Reaktionäre Studenten und Deutschlands Weltgeltung.

Wieder einmal haben Donnerstag nationalsozialistische Studenten in Berlin einen Straßenrummel inszeniert, wieder einmal haben sie, bei dem Versuch vor dem Kultusministerium Unter den Linden zu demonstrieren, die für alle Staatsbürger geltende Bannmeile durchbrochen, und wieder einmal haben sie infolgedessen mit den Gummiknüppeln der Berliner Polizei unerwartete Bekanntheit gemacht. Darüber entzündet sich aufs neue die Rechtspresse, die im Namen der „akademischen Freiheit“ die armen Couleurstudenten in Schutz nimmt und gegen die preussische Regierung und ihre Organe hetzt.

Wir haben für die randallierenden Studenten, die im Bunde mit Stahlhelm und Nationalsozialisten bei jeder Gelegenheit in Wort und Tat die widerwärtigsten Exzesse verüben, mit denen sie nur ihre politische Unreife dokumentieren, nicht das geringste Mitleid übrig. Wir betrachten sie vielmehr als eine Gefahr, die nicht energisch genug bekämpft werden kann. Freilich keine Gefahr für die Republik, die fest genug in den Herzen der breiten Massen verankert ist, um das Gebrüll einiger tausend Jünglinge nicht fürchten zu müssen. Wohl aber eine Gefahr für Deutschlands Ansehen in der Welt.

Erst vor wenigen Tagen hat Dr. Stresemann in seiner letzten Reichstagsrede in berechneten Worten über die verminderte Anziehungskraft geklagt, die deutsche Universitäten auf das Ausland ausüben:

„Ich sehe mit Schrecken, wie die Zahl der ausländischen Studenten in Deutschland gegenüber der früheren Zeit zurückgegangen ist. Wie unrichtig ist die Auffassung, daß hier irgendwo den deutschen Studenten etwa der Platz weggenommen würde... Deshalb sind denn viele Persönlichkeiten in der Welt uns in Treue zugewandt? Weil sie einmal hier gewesen sind, weil sie den deutschen Geist in sich aufgenommen haben und weil daraus eine Hinneigung zu unserem Lande kommt... Das ist nicht, wie man das oft in Anführungszeichen sagt, „internationalisierende Politik“, das ist beste deutsche Politik, Politik einer Völkerverständigung im deutschen Sinn.“

Der Reichsaussenminister hat mit diesen Worten auf ein in der Tat sehr ernstes Problem hingewiesen, das mannigfaltige Ursachen hat. Auf diese Ursachen ist er nicht näher eingegangen. Gewiß spielt die Teuerung bei der Abwendung der Ausländer von den deutschen Universitäten auch eine wichtige Rolle. Aber ebenso sicher ist, daß die Ausländer vom Studium an deutschen Hochschulen durch den engstirnigen nationalsozialistischen Geist abgehalten werden, der an ihnen herrscht und der im Laufe der Jahre in der ganzen Welt bekannt geworden ist. Das Ausland, das dauernd von nationalsozialistischen Studentendemonstrationen, von Antisemitischen Exzessen deutscher Studentenkorporationen in Berlin, München, Marburg, Tübingen usw., von monarchistischen Festreden der Rektoren und Professoren, von Beschimpfungen unserer früheren Kriegsgegner, von Schmähungen der demokratischen und republikanischen Staatseinrichtungen, hat keine Reue, seine eigenen Söhne einem solchen Milieu anzuvertrauen.

Riesengroß ist dabei die Schuld eines großen Teils der Hochschullehrer, der den Fremdenhaß und die Revanchestimmung unter den Studenten systematisch schürt, anstatt, wie das in den meisten zivilisierten Ländern geschieht, bahnbrechend für die Ideen der Demokratie und der Völkerverständigung zu wirken. In Frankreich war die Pariser Sorbonne gerade in Zeiten schlimmster reaktionärer Gefahr stets ein Hort der fortschrittlichen Ideen. In Ländern, in denen heute die Diktatur herrscht, sind die Universitätsprofessoren und Studenten gefährlichste Kämpfer für die demokratischen Freiheiten, so in Spanien und selbst in Italien. Nur in Deutschland und in einigen Balkanländern wird an den Universitäten der Fremdenhaß geschürt, die Unbuldsamkeit gegenüber dem Ausland geübt, der Krieg verherrlicht, der Antisemitismus propagiert. Das Ausland zieht daraus die Konsequenzen, und die von Dr. Stresemann befürchteten Rückwirkungen auf die gegenwärtige und künftige Weltgeltung Deutschlands treten ein.

Auch die deutsche Studentenschaft hatte einst den Ruf, ein Hort des Fortschritts zu sein. Das war vor hundert, vor achtzig Jahren der Fall. Damals kämpften die Burschenschaften unter dem Banner Schwarz-Rot-Gold wirklich für „akademische Freiheit“, und auf diesen Ruhm gründete sich zum nicht geringsten Teil das Ansehen der deutschen Universitäten in der Welt vor dem Kriege. Heute dagegen wird das alte Wahrzeichen der einstigen studentischen Freiheitskämpfer von einem Teil der Hochschulbesucher unter dem beifälligen Schmunzeln mancher Hochschulprofessoren in den Dreck gezogen — im Namen der „akademischen Freiheit“. Die Propaganda für den Revanchekrieg, der Haß gegen die „Nichtgermanen“, werden innerhalb und außerhalb der Universitäten geschürt — im Namen der „akademischen Freiheit“! Die Gesetze der Deutschen Republik werden verunglimpft und verleht — im Namen der „akademischen Freiheit“. Und das

Konferenz und kleine Gläubiger.

Ihre Hinzuziehung kommt nur für das Reparationsproblem in Frage.

Paris, 4. Juli. (Eigenbericht.)

In dem zur Zeit zwischen Paris und London geführten Meinungsaustausch über die bevorstehende diplomatische Konferenz ist bisher noch kein Fortschritt zu verzeichnen. Die französische Regierung befürwortet lebhaft die Hinzuziehung von Vertretern der kleinen Staaten zu den Verhandlungen über die Inflation des Young-Planes. Hiergegen wird kaum etwas einzuwenden sein, vorausgesetzt, daß es sich hier nicht darum handelt, den mühsam ausgearbeiteten Young-Plan noch in letzter Stunde durch allerhand Manöver zu Fall zu bringen. Völlig ausgeschlossen wäre natürlich, was man auch in hiesigen amtlichen Kreisen einzusehen scheint, eine Beteiligung der mit Frank-

unter dem Beifall der Presseorgane der Schwerindustrie, der Junker, der Großgrundbesitzer, der Bierbankphilister und aller, die von wahrer Freiheit nie einen Hauch verspürt haben. Jene typischen „Untertanen“, die einst Heinrich Mann gezeichnet und gebrandmarkt hat, mögen noch so laut über die bedrohte „akademische Freiheit“ jammern: wenn sie schimpfen und brüllen, wird man mit einem verächtlichen Achselzucken an ihnen vorbeigehen.

Zur Verfassungsfeier.

Gedenkbuch der Reichsregierung zum 11. August 1929.

Aus Anlaß der zehnten Wiederkehr des Verfassungstages wird ein Gedenkbuch der Reichsregierung erscheinen unter dem Titel „Deutsche Einheit — Deutsche Freiheit“. Dieses Gedenkbuch der Reichsregierung, dessen Aufsatz ein Geleitwort des Reichspräsidenten von Hindenburg und ein Vorwort des Reichsministers Hermann Müller bilden, stellt die Neuschöpfung des Reiches in den großen Rhythmus der deutschen Geschichte. Aus Briefen, Reden, Schriften, Gedichten, Dokumenten sind die markanten historischen und geistigen Entwicklungslinien im Ablauf des 19. Jahrhunderts aufgezeigt, die auf den Volksstaat von 1919 hinführen.

Gefahre rechts.

Die deutschnationalen Presse richtet heftige Angriffe gegen die Reichsregierung wie gegen die preussische Staatsregierung wegen der Vorbereitungen zum Verfassungstag. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Preussischen Landtag unterstützt diese Angriffe, die sich namentlich gegen die Schulfeier richten. In diesen Angriffen tritt die wahre Gesinnung der Rechtskreise gegenüber der Verfassung hervor.

Die Deutschnationalen erregen sich besonders darüber, daß die Reichsregierung aus dem Fonds zum Schutze der Republik 200 000 Mark für die Feier des Verfassungstages bereitstellen will. Diese Bereitstellung bedeutet eine ordnungsgemäße Verwendung der Mittel dieses Fonds. Die Deutschnationalen sollten lieber, statt laut über diese Ausgaben zu schreien, Untersuchungen darüber anstellen, zu welchen Zwecken seinerzeit Herr v. Reudell als Reichsinnenminister die Mittel dieses Fonds verwendet hat!

Als ob Landesgrenzen nicht da wären.

Tagung des Verwaltungsrats der Hamburgisch-Preussischen Hafengemeinschaft.

Hamburg, 4. Juli.

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Schreiber, traf heute in Begleitung von Ministerialdirektor Dr. Staudinger und Ministerialrat Dr. Mey im Hamburger Flughafen zur ersten Sitzung des Verwaltungsrats der Hamburgisch-Preussischen Hafengemeinschaft ein. Die übrigen preussischen Teilnehmer wurden mittags von Senator Schönfelder auf dem Dammtorbahnhof empfangen.

Die erste Sitzung des Verwaltungsrats der Hamburgisch-Preussischen Hafengemeinschaft fand im Bürgermeisteraal des Hamburger Rathauses in Gegenwart des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe, Dr. Schreiber und des Bürgermeisters Dr. Petersen statt. Dr. Petersen begrüßte die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verwaltungsrats aufs herzlichste und betonte die Verdienste des Ministers Dr. Schreiber um das Gelingen des gemeinsamen Werkes. Er schloß seine Ansprache mit dem Hinweis, daß Hamburg den heutigen Tag als Tag von geschichtlicher Bedeutung empfinde und hoffe, daß er für Hamburg und Preußen den Anfang einer Entwicklung bedeuten möge, die nicht nur diesen beiden deutschen Ländern, sondern dem ganzen Vaterland zum Segen gereiche.

Darauf führte Minister Dr. Schreiber die preussischen Mitglieder mit einer Ansprache ein, in der er u. a. ausführte: Bei Ihrer Arbeit werden Sie neue Wege suchen müssen; denn der Verwaltungsrat wird sich nicht darauf beschränken können, nur wirtschaftlich zu denken und auf den wirtschaftlichen Ertrag zu sehen; vielmehr wird dem Verwaltungsrat darüber hinaus auch die wichtige staatsmännische Aufgabe obliegen.

Bei aller seiner Arbeit so zu verfahren, „als ob Landesgrenzen nicht vorhanden wären“.

Das ist eine politische Aufgabe, die Weitsicht und in vielen Fällen auch Verzicht auf alleingewurzelte Vorstellungen erfordert. Unter dem Satze „als ob Landesgrenzen nicht vorhanden wären“, ist im Laufe des letzten halben Jahres manches zustande gekommen, was man noch vor Jahresfrist nicht für möglich gehalten hätte. Lassen Sie diesen Leitgedanken auch im Verwaltungsrat allzeit lebendig sein, denn nur in einträchtiger, harmonischer Zusammenarbeit werden die großen Aufgaben ihre Lösung finden, die dem größten Hafen des Kontinents gestellt sind.

Preußen hat bei den Verhandlungen über die Hafenfragen nicht seinen eigenen Vorteil als Staat gegenüber einem anderen Staat gesucht, sondern im Bewußtsein seiner deutschen Mission gehandelt, durch die es sich verpflichtet fühlt, gesamtdeutsche Interessen vor partikularen Interessen zu setzen.

Der hamburgische Welthafen ist der größte und wichtigste deutsche Hafen; ihm zu dienen und ihn zu fördern, ist nicht nur Aufgabe eines einzelnen Landes, sondern eine Aufgabe, die dem gesamten Reichsgebiet und allen seinen Teilen gemeinsam gestellt ist.

Aus diesem Gedanken heraus ist die neue Hafengemeinschaft so gestaltet worden, daß sie ein Gebilde von starkem Eigenleben wird, das nicht von ferne her geleitet oder in Beeinflussung gehalten werden kann. Bodenständig wie die Entwicklung des alten Hamburger Hafens vor sich gegangen ist, soll auch die fernere Entwicklung im Hafengemeinschaftsgebiet sein, einer glücklichen Zukunft entgegen, der deutschen Wirtschaft allezeit dienstbar.

Zum Schluß habe ich noch mitzuteilen, daß die beiden Regierungen übereingekommen sind, zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats Herrn Bürgermeister Roh und zum stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Senator Dr. Burcharb. Roh zu ernennen.

Es begann dann unter dem Vorsitz von Bürgermeister Roh die erste Sitzung des Verwaltungsrats; an sie schloß sich die erste Sitzung der Geschäftsführerverammlung, in der u. a. die Geschäftsführung für den Verwaltungsrat und die Dienstverweisung für die Geschäftsführer beschlossen wurde. Zu Protokollisten der Geschäftsführung wurden ernannt Oberbaurat Böttcher und Regierungsbaumeister Lehrendt.

Ein falsches Gerücht. Im Zusammenhang mit den Beratungen des Hauptausschusses des Preussischen Landtages über den Staatsvertrag mit der Kurie ist in der Reichspresse das Gerücht verbreitet worden, daß die Preussische Staatsregierung mit der Wirtschaftspartei über eine Beteiligung der Wirtschaftspartei an der Staatsregierung verhandelt habe. In diesem Gerücht ist kein wahres Wort.

Probeabstimmung in Sachsen.

Mehrheit gegen Bürger. — Entscheidung verlagert.

Dresden, 4. Juli.

Der Sächsische Landtag trug heute das Gepräge eines großen Tages, da die Regierungserklärung des neuen Kabinetts Bürger ermittelte wurde. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte der Abg. Renner (Komm.) zur Geschäftsordnung, das von seiner Fraktion eingebrachte Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Bürger unmittelbar nach der Regierungserklärung zu behandeln.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Renner mit 48 Stimmen angenommen.

Für die sofortige Behandlung des Mißtrauensvotums stimmten außer den Sozialdemokraten und Kommunisten auch die Altsozialisten und die Volkspartei. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte über die Zulässigkeit dieser Abstimmung wurde ein volksparteilicher Antrag, die Sitzung für eine halbe Stunde zu unterbrechen, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, abgelehnt, und das Haus trat in die Tagesordnung ein.

Zunächst ergriff Ministerpräsident Dr. Bürger das Wort zur Abgabe der Regierungserklärung, die im wesentlichen Fortführung der Arbeit der bisherigen Regierung verspricht.

Im Anschluß hieran beantragte Abg. Dr. Blicher (D. Sp.), die Regierung zu fragen, ob sie von ihrem Vetorecht gegen die Behandlung des Mißtrauensvotums Gebrauch machen wolle. Als Ministerpräsident Dr. Bürger hierauf Einspruch gegen die sofortige Behandlung des Mißtrauensvotums erhob, entstand wieder eine zum Teil sehr erregte Geschäftsordnungsdebatte, in der die Sprecher der Linken zum Ausdruck brachten, daß ein Vetorecht der Regierung bei einem Antrag, der auf Grund der Verfassung gestellt wurde, überhaupt nicht in Frage komme. Außerdem sei der Einspruch des Ministerpräsidenten rechtsunwirksam, da er vor der Abstimmung hätte abgegeben werden müssen. Demgegenüber wurde von der rechten Seite betont, daß die ganze Abstimmung über den Antrag Renner ungültig sei, da gleichzeitig dagegen Einspruch erhoben worden sei.

Landtagspräsident Westel erklärte schließlich, daß er nach § 48 der Geschäftsordnungsordnung dem Veto des Ministerpräsidenten stattgebe und das Mißtrauen erst in der nächsten Sitzung des Landtags behandeln lassen werde. Das Haus fuhr dann in der Erledigung der umfangreichen Tagesordnung fort.

Zum Kampf um die Lastenverteilung.

Das Programm der Scharfmacher.

Duisburg, 4. Juli. (Eigenbericht.)

Eine Young-Plan-Resolution der Industrie- und Handelskammer Münster enthält folgende Schlussfolgerung über die Revisionsmöglichkeiten des Young-Planes:

„Es hat den Anschein, als ob gewisse Strömungen in Deutschland im Augenblick allzu große Hoffnungen darauf setzen, daß der Young-Plan, falls er über große Schwierigkeiten für die deutsche Wirtschaft hervorgerufen sollte, an Hand der Revisionsklausel bald geändert werden könne. Die Revisionsklausel ist sicher wichtig, aber für die erste Zeit im Rahmen der politischen Konstellation kaum anwendbar, jedenfalls nicht eher, als wir unseren Gläubigern haben nachweisen können, daß wir uns in der Zwischenzeit mit Ernst und Stetigkeit, eiserner Sparsamkeit im Innern und stärkster Steigerung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit befleißigt haben.“

Der Großindustrielle Löhnen hat nun bei einer kommunalpolitischen Aussprache der Deutschnationalen Volkspartei in Wilhelm a. d. Ruhr wertvollen Aufschluß darüber gegeben, wie er sich diese Sparsamkeit im Innern denkt, indem er ausführte:

„Zwei Milliarden Mark jährlich sind, nachdem Deutschland seine Kolonien abgegeben und eine Reihe von Provinzen verloren hat, nachdem die ausländischen Guthaben und die Handelsflotte beschlagnahmt worden sind, eine Zumutung, die geradezu pervers ist. Auf der einen Seite eine kostspielige allgemeine Verwaltung, auf der anderen Seite 60 Jahre lang zwei Milliarden an unsere früheren Feinde zahlen — entweder das eine oder das andere. Wo soll das Geld herkommen? Es kann doch nur daher kommen, daß man die anderen Ausgaben kürzt und die Lebenshaltung des Volkes herabdrückt. Aber hier in Deutschland ist nach dieser Revolution manches so merkwürdig und herumgedreht, daß man manchmal den Eindruck hat, als ob auch der gesunde Menschenverstand dahin sei.“

Das ist das Programm der brutalsten Sozialreaktion!

Kommunistische Verleumdungsmethoden.

Erst lügen, dann kneifen.

Bodum, 4. Juli. (Eigenbericht.)

Der Tarifkampf im Ruhrbergbau hatte am Donnerstag vor dem Amtsgericht in Bodum ein gerichtliches Nachspiel. Das kommunistische „Ruhr-Echo“ hatte dem Reichstagsabgeordneten Husemann, Vorsitzender des Bergbau-Industriearbeiter-Verbandes, wiederholt vorgeworfen, er habe die Interessen der Bergarbeiter verfehlet und in einer Geheimkonferenz mit dem Reichswirtschaftsminister Curtius am 12. Dezember 1928 die Sache der Arbeiter verraten, indem er auf einen Wirtschaftskampf verzichtet habe. Das sei eine „schändliche Kullenschiederei und reformistischer Schwund“, der in einem Komplott Curtius-Husemann gipfeln, demzufolge eine Kündigung der Tarife nicht erfolgen dürfe.

Der Angegriffene hatte daraufhin gegen den verantwortlichen Redakteur Schroer-Essen Klage erhoben. Dieser führte nun in der Verhandlung zu seiner Verteidigung an, er bestreite dem Kläger das Recht, wirtschaftliche Fragen der gesamten Arbeiterschaft selbständig zu regeln, da die Koalitionspolitik der SPD keine Objektivität garantiere. Die amtlichen Reichstagsprotokolle be-

Unwetter in Süddeutschland.

Drei Menschen getötet.

Nürnberg, den 4. Juli.

In ganz Süddeutschland wüthete gestern ein starkes Unwetter mit heftigem Hagelschlag und Wolkenschauern. In der Oberpfalz wurden drei Personen getötet. Der Schaden ist außerordentlich hoch.

Mecklenburg!

Nochmalige Anfechtung der Landtagswahl?

Schwerin (Mecklenburg), 4. Juli.

Wie aus gutunterrichteten parlamentarischen Kreisen verlautet, will der Vertreter der Volksrechtspartei in Mecklenburg, Geheimrat Behre-Schwerin, die letzte mecklenburgisch-schwerinsche Landtagswahl anfechten, weil sein Wahlvorsatz nicht zugelassen wurde. Die Ablehnung wurde damit begründet, daß die erforderlichen Unterschriften nicht gleichzeitig mit dem Wahlvorsatz eingereicht wurden, sondern erst in der entscheidenden Sitzung des Wahlausschusses dem Ministerium vorgelegt wurden.

Volksentscheid im Zwergland.

Der Aufzug der Kleinstaaterei. — Wann verschwindet Lippe?

Detmold, 4. Juli. (Eigenbericht.)

In einem der kleinsten Länder des Deutschen Reiches, dem Freistaat Lippe, gehen die politischen Bogen wieder einmal sehr hoch. Das kleine Landesparlament soll nach einem Antrage der bürgerlichen Oppositionsparteien demnächst aufgelöst werden, obwohl die Neuwahl erst am 6. Januar d. J. stattgefunden hat. Die bürgerlichen Parteien (Deutschnationalen, Bauern-, Wirtschafts- und Volkspartei) fühlen sich bei der Regierungsabstimmung zurückgesetzt und die unter sozialdemokratischer Führung stehende Koalitionsregierung (Sozialdemokraten, Demokraten und Volksrechtspartei) soll durch die Ernennung eines Sozialdemokraten und Dissidenten zum Oberbürgermeister die heiligsten Güter der Nation bedroht haben. Außerdem hält man es in diesen Kreisen für untragbar, daß von drei Mitgliedern der Landesregierung zwei Beamte sind (Demokrat, Volksrechtsparteiler). Deshalb ist in den letzten Tagen von den bürgerlichen Parteien der Antrag gestellt, den Landtag durch den in der Verfassung vorgesehenen Volksentscheid aufzulösen. An sich ist dieser Volksentscheid von vornherein zum Scheitern verurteilt, aber bei der betrieblen Sparsamkeit der bürgerlichen Parteien möchte man doch dem Landtag diese Kosten nicht ersparen.

Es hat schon seine besondere Bedeutung, wenn ein Ländchen von 165 000 Einwohnern seine eigene Politik macht. Hoffentlich leistet die Reichsregierung in der Frage der Reichseinheit recht energische Arbeit, damit so hochwichtige Fragen die Bevölkerung nicht mehr beunruhigen!

wiesen, daß der Reichswirtschaftsminister wiederholt von persönlichen Verhandlungen mit Gewerkschaftsführern gesprochen habe. Diese Forderung um Argumentation endete, unterstützt von Rechtsanwalt Dhuß, ausschweifend in einer demagogischen Kommentierung der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre, so daß der Vorsitzende wiederholt zur Sache mahnen mußte.

Husemann erwiderte, er werte die SPD. längst nicht mehr als laackischen Gegner. Selbstironischerweise habe das „Ruhr-Echo“ zunächst behauptet, die angelegte Besprechung sei am 16. Januar 1929 abgehalten worden. Erst als er demontierte, sei der 12. Dezember 1928 genannt worden. In Wirtschaften habe eine Besprechung am 28. Februar 1929 stattgefunden, und zwar zwischen Vertretern des Reichs, der Staatsregierung und Gewerkschaftsführern. Dabei sei der Wunsch der Regierung, alle Maßnahmen bis zur Prüfung einer Denkschrift des Zechenerverbandes zurückzustellen, ebenso abgelehnt worden wie das in einer Sitzung vom 22. März gestellte Ersuchen, sich an der Bildung einer kleinen Kommission zu beteiligen. Selbstverständlich müsse das Wirtschaftsministerium ständig mit den Arbeitern und den Unternehmern in Fühlung stehen, aber von Verhandlungen zur Unterbindung der Bergarbeiterbewegung könne keine Rede sein.

Nachdem die Verteidigung umfangreiche Beweisanträge gestellt und außerdem die Vernehmung des Reichswirtschaftsministers Curtius beantragt hatte, trat der Angeklagte selbst einen halben Rückzug an mit der Erklärung, ihm habe natürlich eine persönliche Berunglimpfung Husemanns ferngeliegen. (?) Schließlich wurde als Gerichtsbeschluss verkündet, daß die Verhandlung verlagert würde, um dem Beklagten Gelegenheit zu geben, seine Beweisanträge schriftlich einzureichen. Reichswirtschaftsminister Curtius soll inzwischen kommissarisch als Zeuge vernommen werden.

Hakenkreuz braucht Geld.

Die Polizei sollte es liefern!

Köln, 4. Juli. (Eigenbericht.)

Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei in Köln hatte an einem Hause am besten Hebenzollernring ein Schild angebracht mit der Unterschrift: „Die Juden sind unser Unglück“. Die Polizei forderte vor einiger Zeit die Nationalsozialisten auf, das Schild zu entfernen. Dabei zerbrach das Schild und konnte nicht mehr verwandt werden. Darauf stellten die Nationalsozialisten bei der Polizei den Antrag auf Schadenersatz. Als die Polizei auf diesen blöden Antrag nicht einging, wurde sie von den Nationalsozialisten verklagt. Aber auch beim Gericht hatten die Hakenkreuzler kein Glück. Sie sind mit der Klage glatt abgewiesen worden. Mit der Auffüllung ihrer Portokasse aus dem Geldbeutel der sonst so verhassten Judenrepublik haben die Herrschaften kein Glück gehabt.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Polizeikostengeleit. Der Regierungsentwurf, der nur den Ausgleich für die Städte mit staatlicher Polizei schaffen wollte, wurde abgelehnt. Der Ausschuß beschloß demgegenüber, auch den Ausgleich für die Gemeinden mit kommunaler Polizei mitzuregeln. Das so veränderte Geleit soll mit Wirkung vom 1. April 1930 in Kraft treten und in drei Etappen im Laufe von drei Jahren durchgeführt werden, um eine allzu starke einmalige Belastung einzelner Orte mit staatlicher Polizei zu vermeiden. Für jeden kommunalen Polizeivollzugsbeamten soll in Orten von mehr als 2000 Einwohnern für das Rechnungsjahr 1930 ein Ausgleichbeitrag von 1000 Mark, für 1931: 2000 Mark und für 1932: 3000 Mark eingeleitet werden.

Vereinigung von Barmen-Elberfeld. Im Gemeindeauschuß des Preussischen Landtages wurde am Donnerstag tag die Regierungsvorlage zur Eingemeindung von Barmen-Elberfeld angenommen. Danach werden Barmen und Elberfeld zu einer Stadtgemeinde und einem Stadtkreis „Barmen-Elberfeld“ zusammengeschlossen. Ebenso wurde die Regierungsvorlage zur Remscheid-Eingemeindung angenommen.

Der Vizepräsident des Danziger Senats, unser Genosse Behl, wird heute 60 Jahre alt. Wir senden ihm unseren Glückwunsch.

Landgenossenschaften in Königsberg. Dietrich und Klepper sprechen.

Gestern wurde in Königsberg der diesjährige Genossenschaftstag des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften eröffnet. Reichsernährungsminister Dietrich verwies darauf, daß sich die Maßnahmen zollpolitischen Charakters und der Selbsthilfe ergänzen müssen. Alle Staatsfürsorge und alle handelspolitischen Maßnahmen seien wertlos, wenn die Organisation der Landwirtschaft nicht die Absatzprobleme meistert, wozu ein gesundes Genossenschaftswesen gehört.

Nach Dietrich sprach der Präsident der Preußenkasse Dr. Klepper. In der Ueberwindung der Kreditkrise sei man im letzten Jahre einen erheblichen Schritt vorwärts gekommen. Das sei darauf zurückzuführen, daß von der Preußenkasse beherzt zugegriffen wurde und ferner darauf, daß das Reich trotz seiner Finanzlage 25 Millionen für die Genossenschaftsreform zur Verfügung gestellt habe. Die preussische Regierung werde nötigenfalls diese Summe um den gleichen Betrag erhöhen.

Nach den Begrüßungsreden gab Generalanwalt Regierungsrat Bennes den Jahresbericht. Danach hat sich das Genossenschaftswesen im verfloßenen Jahr günstig entwickelt. Die bedeutendsten Folgen für das genossenschaftliche Geld- und Kreditwesen hatten die Organisationsänderung bei der Preußenkasse, der Wechsel in ihrer Leitung und die Erhöhung des Stammkapitals, durch die eine gewaltige Vormachtstellung des preussischen Staates errichtet worden sei. Die von der Preußenkasse für die ostpreussischen Bezirke eingerichtete Betriebs- und Kreditkontrolle habe zu lebhaften Auseinandersetzungen geführt, doch müsse das Recht einer solchen Kontrolle der Preußenkasse wie jedem anderen Kreditgeber eingeräumt werden. Die Kapitalneubildung habe bei den Genossenschaften im Berichtsjahr zugenommen. Wenn man von verschiedenen Seiten der Landwirtschaft den Rat gegeben hätte, die Anwendung landwirtschaftlicher Bedarfsstoffe möglichst einzuschränken, und wenn dabei das Wort Käuferstreit gefallen sei, so müsse dieser Gedanke zurückgewiesen werden. Das Ziel sei einerseits, ob es sich um Kartellhandelt oder Genossenschaften handele; zu erreichen sei die Zusammenfassung der Ware in einer Hand. Dabei sei es fraglich, ob ein Kartell in der Landwirtschaft mehr leisten könne als die Genossenschaften. Am Geschäftsvorteil der Genossenschaften mit dem Schuerkonzern seien Anfangserfolge zu verzeichnen. Sie reichen aber noch nicht für ein endgültiges Urteil aus.

Geheimrat Dr. von Hippel gab dann einen Überblick über die Wirtschaftslage in Ostpreußen. Der Schluß der Donnerstag-Tagung brachte einen Vortrag des Verbanddirektors Schulze-Stettin über die Eierstandardisierung. Schulze will den kürzesten Weg der Ware vom Erzeuger zum Produzenten gewahrt wissen. Er will aber auch den Eierhandel nicht ausschalten. Auf unmittelbare Belieferung der Verbraucher solle man sich nicht einlassen. Dagegen erscheint die Belieferung von Verbrauchervereinigungen, also Konsumvereinen, die in eigenen Läden Eier abgeben, als der zweckmäßigste Weg, weil er der kürzeste Weg ist.

Londons Straßenbahn bleibt kommunal Privatisierung durch Arbeiterregierung verhindert.

London, 4. Juli. (Eigenbericht.)

Der Verkehrsminister Herbert Morrison teilt dem Unterhaus mit, daß die Gesetzentwürfe der konservativen Regierung zur Reorganisation des Londoner Verkehrs auf Grund eines Kabinettsbeschlusses der Arbeiterregierung fallengelassen werden. Damit ist der Verlust der Konservativen, die kommunalen Londoner Straßenbahnen unter die sozialistische Leitung des Londoner Omnibus- und Untergrundbahntorgens zu stellen, gescheitert. Diese Maßnahme der Arbeiterregierung ist dadurch möglich geworden, daß es der Arbeiterpartei als Opposition im letzten Parlament gelungen war, die Erledigung der Gesetzentwürfe solange aufzuhalten, daß eine rechtzeitige Ueberweisung an das Oberhaus vor Auflösung des alten Parlaments unmöglich wurde.

Die Debatte über die Arbeitslosigkeit.

London, 4. Juli.

In der Aussprache über die Thronrede sprach am Donnerstag zunächst der sozialistische Abg. Mosley. Als den Sinn der letzten Wahlen bezeichnete er die Uebertragung eines Mandats an das Parlament, den größten und entschlossensten Versuch zur Lösung der Arbeitslosenfrage zu machen. Die Regierung werde daher alle sich bietenden Möglichkeiten und Hilfsquellen ausnützen, um diese alles überragende Aufgabe zu lösen. Zunächst sollten wenigstens 150 000 Arbeiter Beschäftigung finden. Weitere Arbeitsbeschaffungspläne würden folgen, je nach der Möglichkeit, Mittel dafür bereitzustellen.

Der frühere Kriegsminister Sir Worthington Evans (Konf.) verfiel dem Arbeitsminister Thomas seiner vollen Unterstützung, meinte aber, daß sich die Aktivität von Thomas praktisch in genau derselben Richtung bewege wie die der vorigen Regierung. Am dringlichsten seien verminderte Herstellungskosten der Industrie.

Abg. Pawher (Arb.) vertrat die Ansicht, daß die Verminderung der Arbeitszeit im Bergbau mehr Arbeitsgelegenheit schaffe als sonst irgendeine Maßnahme.

Arbeitsminister Thomas kündigte an, daß die Prüfung des Planes für den Bau eines Tunnels unter dem Kermelkanal weit fortgeschritten sei und der mit dieser Arbeit betraute Ausschuß seinen Bericht noch vor Ende des Jahres abzuschließen hoffe.

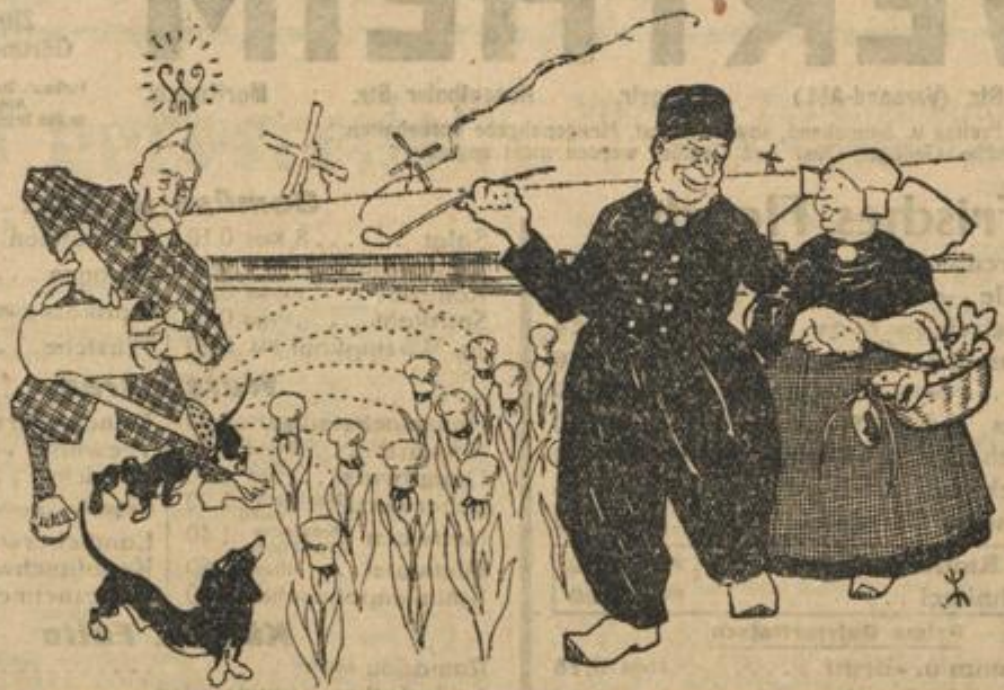
Der ungededte Teil des Arbeitslosenversicherungsfonds hat nach Mitteilungen der Arbeitsministerin Bondfield 36 620 000 Pfund erreicht.

Die Wiederanfnüpfung mit Rußland.

London, 4. Juli. (Eigenbericht.)

Auf eine Frage im Unterhaus erwiderte Außenminister Henderson, daß die Regierung hinsichtlich der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland mit den Dominien in Verbindung stehe. Dies sei notwendig, da die konservative Regierung auf der letzten Weltreichskonferenz versichert habe, daß feinerlei Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Beziehungen ohne Unterzeichnung der Dominien aufgenommen würden. Der Außenminister lehnte jedoch ab, darüber Auskunft zu geben, ob es sich um eine bloße Verständigung der Dominien oder die Einholung ihres Einverständnisses handele. Die südafrikanische Regierung hat inzwischen das Außenamt verständigt, daß Südafrika keine Einwendung gegen die Wiederaufnahme der englisch-rußischen Beziehungen zu machen gedenke.

Holländische Wahlen.



„Merktwürdig, wo der Mann hinkommt, gedeihen die Sozialdemokraten.“

Hollands Wahlergebnis. Sozialistischer Stimmenzuwachs. — Mandatszahl behauptet.

Amsterdam, 4. Juli. (Eigenbericht.)

Nach den letzten Meldungen stellt sich das Gesamtergebnis der Wahlen folgendermaßen: Sozialdemokraten 24 Mandate (24), Kommunisten 1 Mandat (1), Kommunisten (Opposition) 1 Mandat (0), Freisinnige Demokraten 7 Mandate (7), Liberale 8 Mandate (9), Bauernpartei 1 Mandat (1), Mittelstandspartei 1 Mandat (0), Katholische Staatspartei 30 Mandate (30), Christlich-historische Partei 11 Mandate (11), Antirevolutionäre Partei 12 Mandate (13), 2 christliche Splitterparteien 4 Mandate (3).

Die katholische Volkspartei hat ihr einziges Mandat verloren. Als neue Parteien treten ein die kommunistische Opposition und die Mittelstandspartei. Letztere Partei hat ihre Stimmenzahl sehr bedeutend vergrößert und das 24. Mandat, das ihr im Jahre 1925 nur durch eine Laune des Verteilungssystems der Mandate zugesallen war, behaupten können. Die leittragenden Parteien, Liberale und Antirevolutionäre, umfassen mit der Christlich-historischen Partei die extrem konservativen Elemente.

Amsterdam, 4. Juli (Eigenbericht.)

Nach der endgültigen Zählung wurden bei der Kammerwahl insgesamt 3 380 317 Stimmen gegen 3 087 862 im Jahre 1925 abgegeben. Davon entfielen auf die Sozialistische Arbeiterpartei 804 818 Stimmen gegen 706 689 Stimmen 1925. Da der Stimmenzuwachs verschiedenen Parteien zugute kommt, die Zahl der Man-

date jedoch mit 100 fest ist, werden die Sozialdemokraten wieder 24 Sitze haben.

In 16 von den 18 Wahlkreisen erhielten die Sozialdemokraten 766 404 gegen 671 560 Stimmen im Jahre 1925, die Römisch-katholische Volkspartei 957 239 gegen 844 158, auf die Antirevolutionären 370 144 gegen 361 501, die Christlich-historischen 330 754 gegen 289 131, der Freiheitsbund 208 336 gegen 251 306 und die freisinnigen Demokraten 197 235 gegen 177 222. Die offizielle kommunistische Richtung de Bissler erhielt 35 266 gegen 34 954 Stimmen, die vor vier Jahren nicht mit eigener Liste aufgetretene Richtung Wijnkoop 29 150 Stimmen. Bisher saßen an die Sozialdemokratie 23, die Römisch-katholische 28, die Antirevolutionären 11, die Christlich-historischen 10, den Freiheitsbund und die freisinnigen Demokraten je 6 und an die beiden kommunistischen Richtungen je 1 von den 190 Kammermitgliedern. Trotz der Stimmpflicht, deren Nichterfüllung bestraft wird, haben 29 000 Wähler in Amsterdam nicht gewählt. In Amsterdam selbst entfielen von 339 989 gültigen Stimmen 134 323 auf die Sozialdemokratie, 53 047 auf die Römisch-katholische Staatspartei, 12 919 auf die Kommunistengruppe de Bissler, 8260 auf die Richtung Wijnkoop und 7430 auf die Revolutionäre Sozialistische Partei.

Der sozialdemokratische Vormarsch in Amsterdam geht besonders auf Kosten der Kommunisten. Die nächste Gemeindevwahl ist 1931.

Das Attentat auf Fachtot. Der Prozeß gegen Benoit.

Paris, 4. Juli. (Eigenbericht.)

Vor den Pariser Geschworenen steht der Elässer Georges Benoit, der am 21. Dezember vorigen Jahres ein Renalberattentat auf den Kolmarer Generalstaatsanwalt Fachtot verübt hat. Die auf 6 Tage berechnete Verhandlung wird Gelegenheit zur Erörterung des elässischen Problems bieten. Die Verteidiger Benois, drei kommunistische Rechtsanwälte, haben bereits die Autonomisten Koffé und Ridlin verteidigt. Unter den 21 geladenen Zeugen sind fast alle Führer der Autonomisten, so Dr. Ridlin, die Abg. Stürmel und Dahlet sowie Senator Müller. Der Angeklagte schilderte die Vorgeschichte seines Verbrechens, für das ihn die medizinischen Sachverständigen als voll verantwortlich erklären. Benoit erklärte, er bedauere heute seine Tat, und es sei ihm eine große Gewissensberuhigung, daß Fachtot wieder geheilt sei.

Benoit sagte weiter: Ich habe die elässische Politik verfolgt; ich jagte mir, die Elässer wissen nicht mehr, was sie wollen. Ich habe damals die Auffassungen der Autonomisten nicht geteilt, aber allmählich habe ich eingesehen, worum es sich handelt, besonders nach dem Kolmarer Prozeß, in dem ich eine furchterliche Ungerechtigkeit erblickte. Männer wie Dr. Ridlin, die nichts anderes verbrochen hatten, als für das Eläß zu leiden, wurden ihrem Heim entzogen. Ich habe in Fachtot den verantwortlichen Urheber dieser Leiden erblickt. Benoit erklärte ferner, daß alle Tatsachen, die er im Eläß erlebte, nicht nur der Autonomistenprozeß in Kolmar, sondern auch

die Verhote elässischer Zeitungen und der von der Kammer beschlossene Mandatsverlust der elässischen Abgeordneten ihn zu solchem Vorgehen veranlaßt

hätten. Benoit vertrat den Standpunkt, daß alles, was elässisch denkt, autonomistische Ziele verfolgt; er wiederholte, die Verweigerung der Autonomie habe alle die elässischen Uebel hervorgerufen, die ihn schließlich zu seiner Tat veranlaßt hätten.

Pariser Wut auf USA.

Wenn man zahlen muß . . .

Paris, 4. Juli. (Eigenbericht.)

Der nordamerikanische „Unabhängigkeitstag“ wurde wie alljährlich festlich begangen. Zahlreiche Gebäude sind besetzt. Die Feiern vor dem Grabmal des unbekanntes Soldaten und dem Grabmal des Generals Lafayette, des „Helden beider Welten“, können jedoch nicht über die stets steigende Bitterkeit der französischen öffentlichen Meinung gegen Amerika hinwegtäuschen. Nicht wenige Blätter machen aus ihrem wahren Gefühl keinen Hehl. So schreibt „Liberte“, daß die amerikanische Freiheitsbewegung damit begonnen habe, daß englische Le cadoungs in das Meer geworfen

wurden, und warni die Amerikaner, sie möchten sich vorsehen, daß nicht eines Tages ihre Touristenautos in der Seine verschwänden. „Das ist eine alte Geschichte — so schreibt das Blatt —, die ganze Welt weiß, daß man nur von der Freiheit redet, wenn man selber in Fesseln geschlagen ist; aber die Geschichte beginnt immer von neuem.“

Der „Paris Widi“ schlägt eine wichtige „Verbesserung“ des heutigen Festprogramms vor, nämlich als Mittelpunkt ein Frühstück, das ausschließlich aus den Konserven der amerikanischen Kriegsvorräte zusammengesetzt ist und an dessen Ende „natürlich jedem seine Rechnung präsentiert“ wird.

Sozialistenverfolgung in Polen.

Dr. Drobner in Festungshaft.

Das Bezirksgericht in Bromberg verurteilte den ehemaligen Führer der Unabhängigen Sozialistischen Partei Dr. Drobner-Kratow, weil er zu Gewaltmaßnahmen aufgerufen haben soll, zu einem Jahr Festung mit Anrechnung der Untersuchungshaft.

Der verantwortliche Redakteur des deutschen sozialdemokratischen „Wolkswille“, Joseph Helmrich, ist wegen eines Artikels über einen polnischen Schulmeister zu einer Geldstrafe von 1000 Blotz sowie Zahlung von 800 Blotz Buße verurteilt worden. Gegen das Urteil wird Revision eingelegt.

Fast 100 Hinrichtungen im Jahr!

Nach der „Gazeta Administracji“, dem offiziellen Organ der polnischen Polizeibehörden, sind im ersten Jahrzehnt des neupolnischen Staates 952 Hinrichtungen vollzogen worden.

Kurzer Prozeß in Mexiko.

Banditen werden gehängt.

Die 23 Banditen, die vor einigen Tagen die Ortschaft Totonitla überfallen und sieben Einwohner niedergeschossen haben, wurden von den Bundesstruppen gefangen genommen und hingerichtet. Ihre Leichname wurden an Telegraphenstangen aufgehängt. Ferner wurde der Geistliche Pedruca, ein bekannter Führer der katholischen Rebellion in den Bundesstaaten Jalisco und Guanajuato bei Arandas, vom Bundesmilitär gefangen genommen. Das Kriegsgericht verurteilte ihn zum Tode. Das Urteil wurde sofort durch Erschießen vollstreckt. Pedruca war der Hauptling jener Bande, die im Jahre 1927 einen Veranzenzug zwischen Guadalupe und Mexiko-City überfiel und 60 Reisende ermordete.

Die Vorarbeiten für die Verwaltungsreform in Preußen werden in den zuständigen Ministerien unter Führung des Innenministeriums weitergeführt. Von dem Ergebnis dieser Beratungen wird es abhängen, wann die Staatsregierung den Entwurf über die Verwaltungsreform dem Staatsrat und dem Landtag vorlegen wird.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz
 Preise für Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat, Mengenabgabe vorbehalten.
 Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

Boo-Lin
 Zitronen-
 Gärungsgetränk
 Verkauf: Drogen-Abteilung
 Ausschank
 in den Erfrischungsräumen

Einkochgläser „Globus“		1/4 Ltr.	1/2 Ltr.	3/4 Ltr.	1 Ltr.	1 1/2 Ltr.	2 Ltr.
eng	0.30	0.32	0.34	0.35	—	—	—
weit	—	0.36	0.38	0.40	0.42	0.48	—
10 Gummiringe		eng	0.30	weit	0.40	—	
Einkochapparat kompl., mit Thermometer		5.75					

Frisches Fleisch

Kalbsnierenbraten	Pfund	0.98
Kalbskeule	ganz und geteilt	Pfund 1.10
Schmorfleisch	ohne Knochen	Pfund 1.24
Rinderkamm u. -Brust	Pfund	0.80
Gulasch	Pfund	0.90
Querrippe	Pfund	0.70
Gehacktes	Pfund	0.75
Lieserl	Pfund	0.70
Schweinebauch u. -Rücken	mit Beilage, Pfd.	1.08
Schweinekamm u. -Blatt	mit Beilage, Pfund	1.15
Ausgelassener Nierentalg	Pfund	0.45
Frische Rinderzungen	Pfund	1.20
Kalbschnitzel	Pfund	2.00

Prima Gefrierfleisch

Rinderkamm u. -Brust	Pfund	0.78
Hammelvorderfleisch	Pfund	0.84

Gemüse u. Obst

Salat	3 Kopt	0.10	Puffbohnen	Pfund	0.22
Radieschen	4 Bund	0.10	Zitronen	Dutzend	0.35
Kohlrabi	Mendel	0.15	Aprikosen	Pfund	0.32 0.38
Spitzkohl	Pfund	0.12	Pfirsiche	Pfund	0.42
Jg. Wirsingkohl	Pfd.	0.20			

Wurstwaren

Hausmachersülze	Pfd.	0.60	Feine Leberwurst	Pfd.	1.80
Rotwurst	Pfund	0.95	Teewurst	Pfund	1.80
Dampfwurst	Pfund	1.00	Speck fett	Pfund	1.20
Leberwurst	Pfund	1.20			
Mettwurst (Braunschweig)	Pfund	1.40	Landleberwurst	Pfd.	1.05
Filetwurst	Pfund	1.60	Knoblauchwurst	Pfd.	1.20
Schinkenpolnische	1.60		Hildesheimer	Pfund	1.40

Käse u. Fette

Ramadou halbfett	Stück	0.18	Schlesischer Kummelkäse	Pfund	0.50	
Schlesischer Kummelkäse	Pfund	0.50	Brie-Käse vollfett	Schachtel ca. 1 Pfund	0.65	
Brie-Käse vollfett	Schachtel ca. 1 Pfund	0.65	Limburger Allgäuer halbfett	Pfund	0.52	
Limburger Allgäuer halbfett	Pfund	0.52	Holländer halbfett	Pfund	0.65	
Holländer halbfett	Pfund	0.65	Edamer (Brote) halbfett	Pfund	0.68	
Edamer (Brote) halbfett	Pfund	0.68	Schweizer Käse	Pfund	0.82	
Schweizer Käse	Pfund	0.82	Steinbuscher vollfett	Pfund	0.78	
Steinbuscher vollfett	Pfund	0.78	Vollfetter Tilsiter	Pfund	0.84 u. 1.08	
Vollfetter Tilsiter	Pfund	0.84 u. 1.08	Blockkäse, ohne Rinde, halbfett:			
Blockkäse, ohne Rinde, halbfett:			Tilsiter Art	Pfund	0.75	
Tilsiter Art	Pfund	0.75	Schweizer Art	Pfund	1.15	
Schweizer Art	Pfund	1.15	Kokosfett 1-Pfund-Tafel	0.62	Tafelbutter 1-Pfund	1.86
Kokosfett 1-Pfund-Tafel	0.62	Tafelbutter 1-Pfund	1.86	Dänische Butter	Pfd.	2.06
Dänische Butter	Pfd.	2.06				

Geflügel u. Wild

Wolghühner	Pfund von	1.10 an
Junge Gänse	Pfund von	1.25 an
Junge Brathühner	Stück	1.30 an
Rehfleisch (Ragout)	Pfund	0.35
Rehblätter	Pfund von	1.30 an

Fische

Seelachs ohne Kopf, ganze Fische	Pfund	0.18
Brätschollen	Pfund	0.18 0.32
Frischer Zander	Pfund	0.40 0.48
Lebende Krebse	Mandel von	0.60 an

Wein zur Bowle

Preise für 1/2 Flasche, ohne Glas		
Edelapfelwein sehr mild		0.65
1928 Bergzaberner Letten kerniger Pfalzwein		0.95
1928 Wollsteiner hellicher Rheinhesse		1.20
1928 Maikammerer süßiger Pfalzwein, vom Faß, Liter		1.25
1927 Wellener Riesling stahliger Mosel		1.35
Fruchtschaumwein mit Steuer und Flasche		1.30
Moselhochgold Traubenschale, Flaschengröße mit Steuer und Flasche		3.70

Heute besonders billig:

Kalbskamm u. Brust	Pfd.	0.85
Schmorfleisch u. Roastbeef m. Knochen	Pfd.	0.98
Suppenhühner ungarische	Pfund von	1.20 an
Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische	Pfund von	0.28 an
Fischfilet	Pfund von	0.28 an

Zervelat u. Salami	holst. Pfund	1.80
Magerer Speck	Pfund	1.50
Grasbutter Mecklenburger	Pfd.	1.72
Margarine	Pfund von	0.50 an
Kaffee-Mischung Konsum	Pfund	2.10

Schoten	2 Pfund	0.25
Möhren	3 Bund	0.25
Neue Kartoffeln	10 Pfund	0.68
Tomaten	2 Pfund	0.25
Blaubeeren	3 Pfund	0.95

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 5.7. Staats-Oper Unter d. Linden A.-V. 169 19 Uhr
 Freitag, 5.7. Städt. Oper Bismarckstr. 7 1/2 Uhr
Don Giovanni
 Staatsoper am Platz der Republik
Tristan u. Isolde
 Staats-Oper Am Pl. d. Republik R.-S. 151 19 1/2 Uhr
Don Giovanni
 Staatl. Schauspiel am Gendarmenmarkt A.-V. 156 20 Uhr
Napoleon
 Staatl. Schiller-Theater, Charlth. 20 Uhr
Treibrjagd

Volksbühne
 Theater am Bülowplatz 8 1/2 Uhr
Berlin, wie es weint u. lacht
 Staatsoper am Platz der Republik 7 1/2 Uhr
Don Giovanni
 Theater am Schillbaurdamm Norden 1141 u. 281 8 1/2 Uhr
Gruppe junger Schauspieler
Revolte im Erziehungshaus (Wendeführungsbesetzung)
Barowsky-Bühnen
 Theater in der Kneipgrüner Straße Bergmann 2110
 Täglich 8 1/2 Uhr
Rivalen
 Komödienhaus Norden 6304
 Täglich 8 1/2 Uhr
Hochzeitsreise Sommerpreise!
Deutsches Theater
 D. L. Norden 12 310 8 U. Ende gegen 11
Die Fledermaus
 Musik v. Joh. Strauß
 Regie: Max Reinhardt.
 Musik. Einrichtung und Leitung: E. W. Korngold.
 Ausstattung: L. Kainer
Die Komödie
 J1 Bismck. 2414/7516 8 1/2, Ende geg. 10 1/2 U.
Reporter
 Regie: Heinz Hilpert.
Theat. d. Westens
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Sonntag 3 1/2 u. 8 1/2
Franz Lehár
Weiterfolge!
Friederike
 Hse. Muth, Hanns Wilhelm
 Telefon Steinplatz 6931 u. 5121
Lustspielhaus
 Täglich 8 1/2 Uhr
Revolution bei Stern's
 Rundfunkhörer halbe Preise.

Metropol-Th.
 Tägl. 8 1/2 Uhr
 Sonntags 3 1/2 u. 8 1/2
Blaubart
 Operette von Offenbach
 Kammergesang Leo Slezak
Theat. am Kath. Tor
 Kath. Str. 6
 Tägl. 8 Uhr
Elite-Sänger
 Neues Programm!
 Ab 11. 31. 7.
 Gastspiel der 9 Original
Leipziger Fritzy-Weber-Sänger
Pianierium am Zoo
 Verlag, Judenhäuser Str. 8
 B. S. Barbarossa 5578.
 16 1/2 Uhr Sternbilder
Das Sommer
 18 1/2 Uhr Der Glühball der Sonne
 20 1/2 U. Von Pal zu Pal am Sternenhimmel
 Tägl. außer Montags u. Mittw. Erwachs. 1 Mk., Kinder 50 Pf.
 Mitw.: Erwachsene 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Als Erholungsheim für Beamte oder Angestellte (in Badeplatz Mitteldeutschlands)

Großes Kurhotel u. Inventar

mit 220 Zimmern, prachtvollen Gesellschaftsräumen, Liegeterrassen, Gärten, sowie den Mineralbädern auf allen Stockwerken (direkte Zuleitung von den Quellen) bei einer Anzahlung von nur Mark 500000 wegen Krankheit des Besitzers zu verkaufen. Außerdem sind Dampf-wäscherei, Gärtnerei, Autogaragen, sowie ein Logierhaus mitzuverkaufen. Offerten unter „Erholungsheim I. S. 13023“ befördert Rudolf Mosse, Berlin SW 100.

Winter-Garten
 4 Uhr - Zentr. 2619 - Gärten erlaubt
Große Varieté-Schau
 Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen
 2^o und 8 Uhr. 3^o kleine Preise.

SCALA 8 Uhr Barb. 9256
 von Horn & Jozz, Barbetta usw.
 Sonnabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen
 3^o u. 8 Uhr. 3^o ermäßigte Preise

PLAZA Tägl. 5 u. 8 1/2
 Sonntag 2, 5 u. 8 1/2
 Alex. 8066
INTERNAT. VARIETE

Rose
 Theater, Große Frankfurter Str. 132.
 Gartenbühne
 5.30 Uhr: Konzert u. 9 Varietékammer
 8.15 Uhr: Die geschiedene Frau vom 8. bis 11. Juli
Großes Rosenes
 Innenbühnen:
 Täglich 8.15 Uhr
„OLAF“

Sommer-Garten-Theater Berliner Prater
 N. 58, Kasl.-Allee 7-9. Tel. Hb. 2246
 Gastspiel Gustaf Beer, Gustaf Lilien
Zarewitsch
 Operette von Franz Lehár
 Dazu der große Varietéakt.
 Anfang Konzert 4.30. Burleske u. Varieté 8 Uhr. Operette 8.30.
 jeden Sonntag großer Volksfest.
 jed. Mittw. Kinderfest u. Vorstellung

Reichshallen-Theater
 Abends 8 Uhr
Siedler Sänger
 mit dem 10.000er Jubil.-Programm (nur noch bis 15. 7.)
 Ab 15. 7.: Gastspiel der Dresdener Victoria-Sänger
Dönhoff-Brettli
 (Saal und Garten)
 Varieté: Tanz: Ord. Ad. Becker

Rennen zu Grunewald
 Freitag, den 5. Juli
 nachmittags 3 1/2 Uhr

Verkäufe

Verkauf Wohnhäuser, Eldersberg, Grunewald, 2 Zimmer, Küche, Bad, Balkon, Terrasse, moderner Treppenturm, 18.000,-, 19.000,-, 20.000,-, 21.000,-, 22.000,-, 23.000,-, 24.000,-, 25.000,-, 26.000,-, 27.000,-, 28.000,-, 29.000,-, 30.000,-, 31.000,-, 32.000,-, 33.000,-, 34.000,-, 35.000,-, 36.000,-, 37.000,-, 38.000,-, 39.000,-, 40.000,-, 41.000,-, 42.000,-, 43.000,-, 44.000,-, 45.000,-, 46.000,-, 47.000,-, 48.000,-, 49.000,-, 50.000,-, 51.000,-, 52.000,-, 53.000,-, 54.000,-, 55.000,-, 56.000,-, 57.000,-, 58.000,-, 59.000,-, 60.000,-, 61.000,-, 62.000,-, 63.000,-, 64.000,-, 65.000,-, 66.000,-, 67.000,-, 68.000,-, 69.000,-, 70.000,-, 71.000,-, 72.000,-, 73.000,-, 74.000,-, 75.000,-, 76.000,-, 77.000,-, 78.000,-, 79.000,-, 80.000,-, 81.000,-, 82.000,-, 83.000,-, 84.000,-, 85.000,-, 86.000,-, 87.000,-, 88.000,-, 89.000,-, 90.000,-, 91.000,-, 92.000,-, 93.000,-, 94.000,-, 95.000,-, 96.000,-, 97.000,-, 98.000,-, 99.000,-, 100.000,-

Seilhaus Moritzplatz 58. Verkauf von Rasenmäschern, teils auf Seile, Jodell, Frach-, Smoltingen, Baber, dimantel, Baumgänger, für jede Figur, patentierte Gitter-Kocher für neue Garber, Sporttasche 50,-, Gehörte 100,-, Reine Lombardware.
**Wenig getragene, teils auf Seile gearbeitete, erhaltene Jodelltasche, Frachtasche, Smoltingen, Gehörte, Baumgänger, für jede Figur, patentierte Gitter-Kocher in allen Farben; außerdem hochlegante neue Garber, von raffinierten Schneidern angefertigt, aus hochwertigem Material, Preisunterstützung in Herren- und Damenkleidung, Veltheim, Lohde, Preisunterstützung 100,- eine Treppe, Reine Lombardware.
Beleuchtungsstücke, Wasche usw.
Reichshallen-Theater
 Abends 8 Uhr
Siedler Sänger
 mit dem 10.000er Jubil.-Programm (nur noch bis 15. 7.)
 Ab 15. 7.: Gastspiel der Dresdener Victoria-Sänger
Dönhoff-Brettli
 (Saal und Garten)
 Varieté: Tanz: Ord. Ad. Becker**

Chalchongues, wie neu, 20 Stk., Paapjähre 12.
Valentinstaschen, Fächer, Auflagen, 9,-, Topoceller 12, Pantom, Sammler, 1.
**Wäffeln im Fabrikgebäude, in fünf Jodelltaschen, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Stuhlzimmer, sind vollständig ausgestattet. Günstige Zahlungsweise bis 24 Monate, Mobellgeschäft Edmund, Jodellstraße 38 (Jodellgebäude), Nähe Kottbuscher Platz.
Valentinstaschen „T. imilina“, Metall, besten, Kuffertaschen, Chalchongues, Silber, Staroedertröche, edelste, kein Leder
Stellblätter merke Kredit und hat
Stellblätter, alte, neue, keine Kredit
Beispiele:
 Schlafzimmer 45,-, Speisezimmer 80,-, Herrenzimmer 200,-, Speisezimmer 112,-, Badzimmer 75,-, Kuffertaschen 48,-, Kuffertaschen 48,-, Chalchongues 28,-, Metalltaschen 19,-, Kuffertaschen 13,-, Sonstige Möbel entsprechende Preise
 Zahlungsansprüche, Wochenspaar, Monatspaar, kleine Anzahlungen, 10% Rabatte bis zum Prozent Kredit bis zwei Jahre, Wichtige Anzeigen, Realitäten, Vermittlung 7; Statistik, Schulden 107; Belle? re-Strasse 95, Untergrund-Bahnhof.**

Fahrräder
Kaufgesuche
Vermietungen
Arbeitsmarkt
Stellenangebote

Orlow-Prozess schlecht vorbereitet.

Wie Pawlonowski zu den Briefen kam.

Die feierliche sensationelle Gerichtsverhandlung im Orlow-Pawlonowski-Prozess hat den Eindruck des ersten Tages bestätigt: der Dokumentenfälscherprozess, der, wie selten einer, internationale Interesse beansprucht — davon zeugt die Anwesenheit amerikanischer und russischer Pressevertreter —, ist schlecht vorbereitet.

In dieser komplizierten Angelegenheit hat keine Voruntersuchung stattgefunden. Die Folge war die heutige Schluppe der Staatsanwaltschaft. Schon mehrmals im Laufe des Prozesses hatte der Staatsanwalt Ebel dem Gericht Akten aus dem Ermittlungsverfahren der politischen Polizei überreicht. Von der Verteidigung, die diese Akten nicht kannte, wurde gegen dieses prozesswidrige Verhalten mit Recht protestiert. Als der Staatsanwalt gestern erneut solche Akten überreichen wollte, führte die Verteidigung einen Gerichtsbeschluss herbei, und das Gericht gab, wie das nicht anders zu erwarten war, der Verteidigung recht und lehnte das Ansuchen des Staatsanwalts ab. Das war die erste Niederlage des Staatsanwalts. Die zweite erlebte er bei seinen eigenen Belastungszeugen, den Kriminalkommissaren Braschwig und Heller. Braschwig weigerte sich, selbst auf die harmlosen Fragen des Staatsanwalts, die sich auf das Ermittlungsverfahren bezogen, zu antworten. Hätte der Staatsanwalt nicht früher dafür sorgen sollen, daß die vorgelegte Behörde ihren Beamten in dem im staatlichen Interesse noch zulässigen, mindestens in dem vom Staatsanwalt selbst gewünschten Rahmen, die Auslagenehmigung gestatten würde? Es kommt auch nicht oft vor, daß im Laufe eines Prozesses ganz unerwartet der Oberstaatsanwalt neben seinem jüngeren Kollegen Platz nimmt. Das geschah aber gestern. Nach der Mittagspause sah man, neben dem Staatsanwalt Ebel, den Oberstaatsanwalt Trautmann, der mit großer Bestimmtheit erklärte, er würde darauf bestehen, daß die an die Kriminalkommissare Braschwig und Heller zu richtenden Fragen als zur Sache gehörend behandelt würden. Rechtsanwalt Jaffé erwiderte darauf nicht ganz mit Unrecht, daß es Aufgabe des Vorsitzenden sein würde, über die „Sachlichkeit“ oder „Rebensfähigkeit“ der Fragen zu entscheiden.

Das Gericht hat die Vernehmung der Herren Braschwig und Heller bis zur Entscheidung über die Beschwerden des Rechtsanwalts Jaffé beim preussischen Innenminister ausgesetzt, jedoch nur bis zum Schluß der Beweisaufnahme — also bis Sonnabend.

Schon in der Morgen Sitzung begann die Erörterung des Anklagekomplexes Sievert-Orlow-Pawlonowski. Im Mittelpunkt des Interesses stehen die Trilisser-Briefe. Trilisser ist der Leiter der Außenabteilung der GPU. Er war Pawlonowskis Vorgesetzter. Als dieser den Dienst in der GPU quittierte, nahm er eine größere Anzahl Trilisser-Briefe mit. Einen Teil derselben verkaufte er für lautes Geld an Sievert. Einige von diesen Trilisser-Briefen sollten als Material zur Überführung des ungetreuen Beamten des Reichskommissariats für öffentliche Ordnung dienen. Auch die Anklage behauptet nicht, daß alle Trilisser-Briefe gefälscht seien. Pawlonowskis Verteidiger erklärte aber, daß sie alle echt seien; er beantragte gestern die eventuelle Ladung des im Gerichtssaal anmeldeenden Presschefs der Sowjetvertretung zum Beweise dafür, daß der Legationsrat der Sowjetvertretung Breilmann-Brodowski die ihm gelegentlich des Prozesses der deutschen Studenten Wollsch und Rindermann vorgelegten Trilisser-Briefe als echt erkannt hat. Pawlonowski schwächt aber diesen Antrag seines Verteidigers sofort ab: Es waren andere Briefe, nicht die ihm in diesem Verfahren zur Last gelegten, sagte er. Wie waren aber die Briefe zu Sievert gelangt? Orlow erklärt, mit denselben nichts zu tun gehabt zu haben; er will sie

zum erstenmal im Polizeipräsidentium nach seiner Verhaftung in Augenschein genommen haben: Die bei ihm gefundenen Trilisser-Briefe seien ihm von Pawlonowski in Aufbewahrung gegeben worden. Pawlonowski strast aber seinen Mitangeklagten Bögen: Sievert, behauptete er, habe Kroschtschko beauftragt, das Material für das Reichskommissariat für öffentliche Ordnung zu beschaffen; und Kroschtschko sei es gewesen, der die Briefe Orlow übergab, von dem sie er (Pawlonowski) erhalten und seinerseits Sievert übermittelte habe. „Weshalb denn dieser Umweg,“ wundert sich der Staatsanwalt, „da hätte doch Kroschtschko selbst Sievert die Trilisser-Briefe ausliefern können.“ „Nein,“ entgegnete Pawlonowski, „Kroschtschko hat Sievert gefährdet.“

Wer war Kroschtschko?

„Einem meiner Agenten,“ sagt Orlow. „Später hat er fünf Jahre lang für die GPU gearbeitet und gleichzeitig auch mich beliefert.“ Pawlonowski überlegt noch immer, wie er die Trilisser-Briefe von sich abkuppeln könnte, und plagt ganz unerwartet mit der Erklärung heraus: das Ruvert, das er von Orlow erhalten habe, sei geschlossen gewesen; er habe also dessen Inhalt nicht gekannt. Orlow gibt die Möglichkeit zu, Pawlonowski ein geschlossenes Ruvert übergeben zu haben. Alles scheint in Butter: Weder Orlow noch Pawlonowski konnten natürlich über den Inhalt eines geschlossenen Ruverts orientiert sein. Pawlonowski hat aber den Trilisser-Briefen Begleitschreiben mitgegeben. Also mußte er sie kennen. Er habe sie zufällig, bereits nach der Ueberreichung an Sievert in einem unbewachten Augenblick gelesen, kommentiert er. Diese Erklärung scheint selbst dem Verteidiger zu dum m. Also gibt er einige Minuten später eine Erklärung ab: sein Akten habe in einem Zustand der Schwäche eben erst behauptet, daß die Trilisser-Briefe ihm von Orlow in einem geschlossenen Ruvert überreicht worden seien. Das sei nicht der Fall gewesen. Orlow und Pawlonowski haben die Briefe zusammen gelesen, und jener habe diesen die Begleitschreiben diktiert. Pawlonowski ist ein großer Lügner vor dem Herrn! Da er überdies ein Narr ist, so sind seine Bögen durchschätzig dumm.

Der Inhalt der Trilisser-Briefe bezieht sich auf die Tätigkeit der Komintern in Deutschland; mit der „Undichtigkeits“ im Reichskommissariat für öffentliche Ordnung haben sie nichts zu tun. In einem der Begleitschreiben heißt es u. a.: Der beigefügte Brief soll nur als Muster zur Begutachtung der früher zur Durchsicht gegebenen Briefe dienen. Rechtsanwalt Jaffé hofft, damit etwas anfangen zu können. Er dürfte eine Enttäuschung erleben.

Heute folgt u. a. die Vernehmung des Besitzers des Nachrichtenbureaus Sievert, des von der Abteilung IA seinerzeit in Verbindung mit dieser Angelegenheit verhafteten Gumanzki und des Herrn Mühlstein vom Reichskommissariat für öffentliche Ordnung.

Ausländer in Berlin.

Nach Mitteilung des Polizeipräsidentiums waren im Ortspolizeibezirk Berlin am 31. Dezember 1928 in Privatwohnungen insgesamt 134 671 polizeilich gemeldete Ausländer eingemietet, das sind 3,1 Proz. der Gesamtbevölkerung. Fast die Hälfte aller Ausländer wohnt in den sechs Altbekannteren Verwaltungsbereichen, davon mehr als 1/4 in Bezirk Mitte. Von den Außenbezirken steht Charlottenburg mit 20 000 Ausländern an der Spitze. — Nach der Staatsangehörigkeit stammen mehr als 1/2 aller Ausländer aus Polen, Desterreich, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion. Von den außereuropäischen Ländern war Afrika mit 215, Amerika mit 2995, Asien mit 1831, Australien mit 16 Personen vertreten. Von den asiatischen Ländern entfällt die höchste Zahl mit 504 auf Japan, ihm folgt China mit 385.

trischen Bahnen. Er hatte sich keine Bewegung verschafft und hatte seine Muskeln durch Alkohol geschwächt.

Und war es das wert? Was bedeutete schließlich sein Geld? Dede hatte recht. Trotz seines Geldes konnte er nur in einem Bett auf einmal schlafen, und dazu machte ihn sein Geld auch noch zum Sklaven. Es band ihn an Händen und Füßen. Selbst wenn er wollte, konnte er nicht den ganzen Tag in seinem Bett liegen. Sein Geld rief ihn. Die Morgensonne schien durchs Fenster herein — ein schöner Tag, um in die Berge zu reiten, Dede neben sich auf ihrer Rab. Und doch konnten alle seine Millionen ihm nicht diesen einen Tag kaufen. Es konnten unerwartete Störungen eintreten, und er mußte auf dem Posten sein. Dreißig Millionen! Und sie konnten Dede nicht dazu bringen, Rab zu reiten — Rab — die jetzt auf seiner Weide fett wurde, ohne daß jemand Freude an ihr hatte. Was waren dreißig Millionen, wenn sie ihm nicht den Auszug mit dem Mädchen verschaffen konnten, das er liebte? Dreißig Millionen, die ihn hinderten, dieses junge Mädchen zu gewinnen, das für neunzig Dollar monatlich arbeitete.

Das war es ja gerade, was Dede meinte. Das war es ja, woran sie dachte, als sie betete, daß er bankrott machen sollte. Er hob den rechten Arm, der ihn so gekränkt hatte. Es war nicht derselbe Arm wie früher. Er hatte ihn im Stich gelassen. Er setzte sich plötzlich auf. Nein, weiß Gott, er selbst war es, der den Arm im Stich gelassen hatte. Wie er sich selbst, wie er Dede im Stich gelassen hatte! Sie hatte recht, tausendmal recht, und sie hatte Verstand genug, um das zu wissen, Verstand genug, nicht einen Mann zu heiraten, dessen Körper vom Whisky zerrüttelt und der Sklave seines Geldes war.

Er sprang aus dem Bett und betrachtete sich in dem großen Spiegel der Schranktür. Es war kein schöner Anblick. Die hageren Wangen von früher waren verschwunden. Jetzt waren seine Backen schwer und hingen wie unter ihrem eigenen Gewicht. Er suchte die Linien von Grausamkeit, von denen Dede gesprochen hatte, und er fand sie; er fand auch den harten Schimmer in den Augen, die mit Blut geprenkelt waren von all dem Alkohol, den er am vorigen Abend und in den vergangenen Monaten und Jahren getrunken hatte. Dann krepelte er sich die Kermel seines Pjamas auf. Kein Wunder, daß der Hammerwerfer ihn bezwungen hatte! Das waren ja keine Muskeln mehr. Sie waren unter einer beginnenden Fettschicht begraben. Er warf die Jacke ab und erschraf von neuem: die Muskeln

Freispruch des Landwirts Baum.

Ein Zuchthausurteil aufgehoben.

Leipzig, den 4. Juli.

Nach zweitägiger Verhandlung hat das Schwurgericht in Leipzig das Zuchthausurteil gegen den Landwirt Baum aufgehoben und diesen freigesprochen. 1926 war Baum wegen Anstiftung zum Mord zu acht Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Baum sah auf Grund dieses Urteils bis heute im Zuchthaus. Sein Verteidiger betrieb mit Erfolg das Wiederaufnahmeverfahren.

Und noch ein Justizirrtum?

Vor dem Schwurgericht in Bielefeld wurde der Werkmeister Veith in Bergkirchen im Kreise Minden am 10. Juli 1914 wegen Ermordung seiner Frau zum Tode verurteilt.

Der Innsbrucker Giffachmann Ipsen hatte in der ausgegrabenen Leiche der Frau Veith, die auf Ansuchen des Gerichts hin ausgegraben worden war, das Vorhandensein von 5 mg Strichninin festgestellt. Daraus folgerte man, daß Veith seine Frau vergiftet habe und verurteilte ihn zum Tode. Er wurde bald darauf zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt und nach zehn Jahren Haft auf Betreiben des Verteidigers in Freiheit gesetzt. Inzwischen erreichte sein Verteidiger, Justizrat Berthauer-Berlin, daß das Gutachten des inzwischen verstorbenen ersten Sachverständigen durch die Feststellungen des Geheimrats Professor Levin-Berlin ersetzt wurde. Professor Levin erklärte entschieden die Nichtschuld Veiths. Es stehe fest, daß das Vorhandensein von 5 mg Strichninin im Körper der Frau nicht den Tod herbeigeführt haben könne; da normalerweise erst 30 mg zum Tode führten. Die Aussage Veiths, daß seine Frau durch strichninhaltige Abtreibungsmittel eine Frühgeburt verursacht habe und dabei an einem Herzschlag gestorben sei, gewinnt damit an Glaubhaftigkeit.

Man erwartet unter diesen Umständen eine Wiederaufnahme des Verfahrens.

Sechs Menschen wurden ermordet!

Eine grauenvolle Missetat in Detroit.

New York, 4. Juli.

In Detroit ist die sechsköpfige Familie des Zimmermanns Paul Evangelist ermordet worden. Die Missetat ist mit einer beispiellosen Brutalität ausgeführt worden.

Als die Polizei in das Haus eindrang, entdeckte sie im Erdgeschoss die Leiche des Zimmermanns, der der Kopf vom Rumpfe getrennt worden war. Im Obergeschoss fand man die gleichfalls enthauptete und völlig entkleidete Leiche seiner Frau sowie die des 19jährigen Sohnes, der quer über dem Körper der toten Frau lag. Die drei Töchter des Zimmermanns, im Alter von 4 bis 7 Jahren, fand man in den Betten ermordet auf. Es ist noch nicht gelungen, den Mörder ausfindig zu machen.

Die entsetzliche Tat hat großes Aufsehen erregt, da schon vor zwei Wochen ein ähnliches Verbrechen verübt worden war. Damals wurde eine Frau von einem unbekannt gebliebenen Täter durch Mithiebe getötet. Man nimmt an, daß der Täter geistesgestört ist.

Das sittliche Argentinien.

In Buenos Aires hat das wiederholte Auftreten der Regentänzerin Josephine Baker einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Der argentinische Präsident Prigogon sah sich gezwungen, in einer Sonderverordnung der Tänzerin das Auftreten in unbekleidetem Zustand zu untersagen. Sonst hört man allerdings aus dieser Stadt andere Dinge.

Jack London:



(Berechtigte Uebersetzung von Erwin Magnus.)

Noch immer halb betäubt, fuhr Daylight in sein Hotel, ab Mittag und schickte sich an, zu Bett zu gehen.

Er hielt den Arm, der ihn so geärgert hatte, hoch und betrachtete ihn mit schlaffer Bewunderung. Die Hand, die noch besaß, die diesen Riesen von Circle City zum Waiseln gebracht hatte! Und ein Schuljunge hatte sie runtergedrückt — zweimal, mit grinsendem Gesicht. Dede hatte recht. Er war nicht mehr der Mann, der er einst gewesen. Er mußte ernsther und gründlicher über die Situation nachdenken, als er bisher getan. Aber jetzt war nicht der rechte Zeitpunkt dazu. Am Morgen, wenn er ausgeschlafen hatte, wollte er es tun.

Daylight erwachte mit dem gewöhnlichen trockenen Halte, trank einen tiefen Schluck aus den neben dem Bett stehenden Wasserkrug und nahm die am Abend unterbrochenen Gedanken wieder auf. Er erinnerte sich, daß die finanzielle Lage lichter geworden war. Endlich wurde es besser. Zwar lag noch ein tüchtiges Stück Weges vor ihm, aber das Schlimmste war doch überstanden. Und nicht einer von seinen Geschäftsfreunden war ruiniert. Er hatte sie gezwungen, durchzuhalten, bis er gerettet war, und gleichzeitig waren sie selbst gerettet worden.

Seine Gedanken kehrten zu dem Auftritt an der Ecke der Bar im Parthenon zurück. Er war von dem Ereignis nicht mehr gelähmt, aber er fühlte sich gekränkt, wie es nur ein starker Mann sein kann, wenn seine Kräfte im Abnehmen sind. Und der Ausgang war zu klar, selbst für ihn. Er wußte, warum seine Hand heruntergepreßt war. Nicht, weil er alt war. Er war ein Mann in den besten Jahren, und eigentlich hätte er und nicht der Hammerwerfer der Sieger sein müssen. Daylight wußte, daß er mit sich gespielt hatte. Es war richtig: Er hatte Gottes freie Natur mit dem Käfig der Stadt vertauscht. Er fuhr in Autos, Droschken, und elek-

auf Brust, Schulter und Leib, die sich so scharf abgezeichnet hatten, waren zu reinen Fettpolstern geworden.

Er setzte sich auf das Bett, und durch seinen Sinn flog die Erinnerung daran, wie stark und schön er in alten Tagen gewesen war; er dachte an die Indianer und die Hunde, denen er in jenen verzweifelten Tagen und Nächten das Leben aus dem Leibe gejagt, und an die alten Taten, die ihn zum König über ein hartes Volk von Grenzern gemacht hatten. Dies war also das Alter. Vor seinem Auge stand das Bild des alten Mannes, den er über die Berge hatte kommen sehen; weißhaarig, weißbärtig, vierundachtzig Jahre alt.

Dann erinnerte er sich Fergusons, des kleinen Mannes, der wie ein Kaninchen über den Weg gelaufen war. Der war einmal Schriftleiter eines großen Blattes gewesen und lebte jetzt zufrieden in seinem Eichenwäldchen mit seiner Gebirgsquelle und seinen sorgsam gezüchteten und geschützten Obstbäumen. Ferguson hatte ein Problem gelöst. Ja, dachte Daylight, wenn ein Kranker, den die Ärzte aufgegeben hatten, sich zu einem kräftigen, gefunden Landarbeiter entwickeln konnte, was konnte dann nicht ein Mann wie er unter ähnlichen Verhältnissen erreichen? Er sah im Geiste, wie er seinen Körper mit der alten Kraft seiner Jugend zu neuem Leben erweckte, und er dachte an Dede und setzte sich auf den Betrand, halb erschreckt von dem großen Gedanken, der ihm kam. Er blieb nicht lange sitzen. Sein Hirn begann, schnell und sicher wie stets, die Sache von allen Seiten zu untersuchen. Es war ein großer Gedanke — größer als alle, die er je zuvor gehabt. Und er sah ihm fest ins Auge, nahm ihn in seine beiden Hände, drehte und wendete ihn nach allen Seiten und betrachtete ihn. Es war alles so unendlich einfach, daß es ihn garabezu bezauberte. Er lachte laut, traf seine Entscheidung und begann sich anzukleiden. Mitten im Ankleiden hielt er inne, um zu telefonieren.

Dede war die erste, die er anrief.

„Kommen Sie heute nicht ins Kontor,“ sagte er. „Ich komme hinaus, um Sie einen Augenblick zu sprechen.“

Er rief auch andere an. Er bestellte sein Automobil. Jones beauftragte er, Bob und Woff nach Glen Ellen zu bringen. Hegan überraschte er, indem er ihn bat, die Papiere von Glen Ellen herauszufischen und die Besichtigung auf Dede Macons Namen zu übertragen.

„Auf welchen Namen?“ fragte Hegan. „Dede Macon,“ antwortete Daylight mit unerwarteter Ruhe — „das Telefon muß heute nicht in Ordnung sein. Dede Macon. Verstanden?“ (Fortf. folgt.)

Das Unwetter in Süddeutschland.

Drei Menschen getötet, sehr großer Schaden.

In Franken, der Oberpfalz und Württemberg wüteten gestern schwere Unwetter. Drei Personen sind umgekommen, sehr beträchtliche Werte sind vernichtet.

Wir geben diese Einzelmeldungen wieder: In der Oberpfalz wütete Donnerstag nachmittag ein schweres Unwetter, dem die Ernte zum Opfer gefallen ist. In einem Ort wurden zwei Landleute durch Hagelschlag getötet, in einem anderen wurde eine Frau durch Hagelschlag erschlagen. In der Nähe von Deinschwang wurden 50 Schafe tot auf dem Felde gefunden. In der mittelfränkischen Gegend wurden besonders die Orte Schwabach und Altdorf heimgesucht, wo Hagelkörner bis zu Hühnergröße fielen.

Das Unwetter in Altdorf soll das schlimmste seit Menschen-gedenken sein.

In Entringen und in Hohenentringen (Württemberg) richtete ein Wirbelsturm großen Schaden an. Der Sturm setzte so plötzlich ein, daß die Landwirte auf dem Felde davon überrascht wurden. Tausende von Dachplatten wurden auf die Straße geschleudert. Manche Häuser sind völlig abgedeckt. Eine neue Scheune wurde wie ein Kartenhaus über den Haufen geworfen. Ueber hundert Obstbäume, Nussbäume und Kastanienbäume wurden völlig vernichtet. Ein

Dienstmädchen wurde vom Sturm 20 bis 30 Meter weit durch die Luft getragen. Wie durch ein Wunder kamen Menschen und Tiere nicht zu Schaden.

Wie aus Nürnberg berichtet wird, hat das Unwetter, das zwischen Oberölsbach und Altdorf niederging, noch schlimmer gehaust, als die ersten Nachrichten erkennen ließen. Gänse und Hühner wurden durch die herniederfallenden Eiskügel getötet. In den Ortschaften sind viele Häuser abgedeckt worden, und das Wasser ist durch die Decken in die Zimmer eingedrungen. In manchen Häusern wurden alle Fensterscheiben zertrümmert. Die Leute flüchteten in die Gärten, um sich vor den Glasscherben zu schützen. Der Schaden ist unübersehbar, die Hagelkörner liegen auf den Straßen etwa 30 Zentimeter hoch. Auf vielen Straßen sperren die Bäume, die vom Unwetter entwurzelt wurden, den Verkehr.

Elwangen (Württemberg) meldet: Ein Hagelwetter richtete ungeheure Verwüstungen an. Etwa acht Minuten dauerte der Hagelschlag, nach dem in manchen Straßen kein ganzes Fenster mehr zu sehen war. Die Splinter der zerbrochenen Scheiben flogen bis an die Hinterwände der Zimmer. Auf den Straßen lagen die Schlossen 20 bis 30 Zentimeter hoch, dazwischen abgedroffene Äste, abgeschlagenes Obst, erschlagene Vögel und abgerissene Drähte elektrischer Leitungen.

Wien hatte ohne Niederschlag einen Sturm wie seit Jahrzehnten nicht. Auch in Prag war es sehr stürmisch.

Der Diebstahl im Reisebureau.

Wichtige Zeugen Aussagen.

Der dreifache Gelddiebstahl, der am Mittwoch nachmittag in den Büroräumen des M.C.R. verübt wurde, beschäftigt noch die Kriminalpolizei. Nach allen bisherigen Ermittlungen handelt es sich nicht um einen Gelegenheitsdiebstahl, sondern um einen Streich, der vorher genau ausgeklüffelt wurde.

Die Diebe haben ohne Zweifel von vornherein einen Tag in Aussicht genommen, an dem nach Beginn der Sommerferien zahlreiche Besucher sich einfinden würden, in deren Menge sie unbemerkt untertauchen könnten. Von den bisher vernommenen Personen, die im Räume anwesend waren, hat niemand irgend etwas Verdächtiges bemerkt. Beim Abjahren der Räume wurde ein kleines Notizbuch gefunden mit Ziffern und abgekürzten Bemerkungen. Die Kriminalpolizei neigt über zu der Ansicht, daß dieses Notizbuch nicht einem der Diebe gehört hat, sondern von einem eiligen Kunden vergessen wurde. Er wird gebeten, sich sein Eigentum bei Kriminalkommissar Herber im Polizeiamt Mitte abzuholen.

Wichtige sind Aussagen, die von einem Taxichauffeur und einem Fremdenführer gemacht wurden. Der Chauffeur sah vor dem Hause Unter den Linden 16 eine andere Droschke vorfahren, in der zwei Herren saßen. Diese stiegen aus und gingen auf die andere Straßenseite hinüber. Der Chauffeur knüpfte mit seinem Kollegen ein kleines Gespräch an und sah dabei, daß die Taxigebühren auf 12,50 M. stand. Es wurde ihm auf seine Frage erklärt, daß der Wagen mit den Insassen von einem Reisebureau zum anderen gefahren sei. Die beiden Fahrgäste gingen durch die Metropoli-Passage und kehrten nicht zurück. Bald darauf war auch ihre Droschke abgefahren. Der Fremdenführer, der sich gemeldet hat, berichtet von einem Erlebnis mit einem sehr aufgeregten jungen Mann. Dieser kam auf ihn zu mit der Frage: „Wo ist die Tasse geblieben?“ Er war so außer sich, daß er kurzweg in einen Privatwagen einsteigen wollte. Der Führer wies ihn jedoch weg. Der junge Mann hielt ein Bündel Papiere in der Hand, doch konnte der Fremdenführer nicht sehen, was es für Papiere waren. In der Begleitung des Aufgeregten war noch ein zweiter Mann. Beide werden beschrieben als etwa 25-30 Jahre alt und mittelgroß. Sie trugen dunkle Anzüge und machten den Eindruck von Ausländern. Ob nun die Insassen der plötzlich verschwundenen Droschke und diese letzten Männer im Zusammenhang mit dem Diebstahl stehen, läßt sich nicht sagen. Für die Wiederbeschaffung des gestohlenen Geldes hat das M.C.R. eine hohe Belohnung zugesichert.

Von Bedeutung wären die Aussagen des Führers der Droschke, deren Fahrpreisangezeiger die große Summe zeigte. Er sowohl wie andere Zeugen werden erlucht, sich beim 1. Kriminalbezirk des Polizeiamts Mitte zu melden.

Die feindlichen Nachbarn.

Ein alter Mann erschlug seinen Hausgenossen.

Die schwere Missetat des 63jährigen Schlossers Karl Bertram, der bei einem Streit einen Hausgenossen, den Kolonialwarenhandeler Karl Schuster, erschossen hatte, führte zu einer Verhandlung vor dem Schwurgericht I unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Schneider. Die Anklage lautete auf Körperverletzung mit tödlichem Ausgang.

Der Angeklagte Bertram lebte schon seit Jahren mit seinem Nachbar Schuster in Streitigkeiten. Diese rührten daher, daß Nachbarn sich über die zu enge Freundschaft des Schlossers mit der Frau und Tochter des Schusters aufregten. Einmal gab es einen großen Zank zwischen beiden um einen Zolstoff. Ein anderes mal drohte Bertram seinem Feinde auf einem Maskenball, daß er ihn „kalt machen“ würde. Als er einst in den Schusterschen Laden trat, wurde ihm ein Pfundgewicht an den Kopf geworfen. Die Folge war eine Privatklage, die durch einen Vergleich, in dem die Parteien Ruhe und Frieden gelobten, geschlossen wurde. Aber der Kerger ging weiter. Die Gerichte, das Bertram ein Liebesverhältnis mit der 16jährigen Tochter des Nachbarn angefangen hatte, kamen wieder auf, so daß Schuster immer verbitterter wurde. Am 2. Februar waren beide Feinde bei einem Bobbierfest in einem nahegelegenen Restaurant. Als Bertram fortging, folgte ihm Schuster dicht hinterher. Bertram öffnete die Haustür und warf sie so zu, daß sie Schuster vor den Bauch traf. Bei dem Streit, der dadurch hervorgerufen wurde, zog Bertram ein Taschenmesser und stach mit auf Schuster ein.

Kurze Zeit danach verstarb der Verletzte an einem Lungenstich. Der Angeklagte, der von Rechtsanwalt Weimann verteidigt wurde, behauptete in der Verhandlung, daß er in vermeintlicher Notwehr gehandelt hätte, da Schuster ihn schlagen wollte. Die Hausbewohner als Zeugen schilderten den Getöteten als einen ruhigen Mann, während sie den Angeklagten als jähzornig bezeichneten.

Das Urteil lautete gemäß dem Antrag des Staatsanwalts wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang auf fünf Jahre Gefängnis.

Schweres Bauunglück bei Frankfurt a. M.

Ein Laster, vier Verletzte geborgen.

Frankfurt a. M., 4. Juli.

Die F. G. Farbenindustrie läßt zurzeit auf dem Gelände an der Hundswiese ein neues Verwaltungsgebäude errichten. An dieser Baustelle ereignete sich ein schwerer Unfall. Ein großer Transportkran stürzte um.

Die Rettungswache und Feuerwehre wurden sofort alarmiert. Bis jetzt konnten ein Laster und vier Verletzte geborgen werden. Mehrere Züge der Rettungswache arbeiten noch an der Unglücksstelle, da die Möglichkeit besteht, daß sich noch Arbeiter unter den Trümmern befinden. Bisher steht noch nicht fest, auf welche Weise das Unglück geschehen ist.

Staatsanwaltschaft und Baupolizei sind an der Unfallstelle, um den Vorfall zu untersuchen.

Hassbefehl gegen Dr. Matthies.

Die Unterschlagungen beim O.D.L.

Gegen den ungetreuen und schändigen Direktor Dr. Mario Matthies des Gewerkschaftsbundes der Angestellten ist inzwischen von der Staatsanwaltschaft II Hassbefehl erlassen worden. Außerdem hat der O.D.L. mehrere Privatdefektive beauftragt, den Defraudanten ansprachlos zu machen und ihn den deutschen Gerichten zu überliefern.

Auf die Unterschlagungen Dr. Matthiesens wurde man bereits aufmerksam, als er von einer angeblichen Mittelmeerreise Ende März nicht mehr zurückkehrte. Dabei stellte sich heraus, daß er sich mit seiner Frau nach Südamerika begeben und kurz zuvor 150.000 M. flüchtig gemacht hatte, die er vorgab, in Hamburg zu geschäftlichen Aktionen zu benötigen. Matthiesen hält sich wahrscheinlich in Buenos Aires, der Hauptstadt Argentiniens, auf, und hat auch von dort an seine Kinder, die in Berlin bei den Großeltern untergebracht sind, geschrieben. Die Verlustgeschäfte beziehen sich auf den Buchvertrieb und auf die Inangenerierung eines Films, den der Flüchtling nach einer Kopie von Hans Heinz Emers drehen lassen wollte. Im übrigen erklärt der O.D.L., daß der Bestand der beiden Firmen, des Sieben-Städte-Verlages und der Druckerei durch die Veruntreuungen nicht gefährdet seien.

Die Höhe des Schadens steht ziffermäßig noch nicht genau fest, dürfte aber in Anbetracht der Tatsache, daß Dr. Matthies außer den veruntreuten recht erheblichen Bargesbern noch eine Reihe von Geschäften eingeleitet hat, die zu ungünstigen Abschüssen führen dürften, außerordentlich hoch sein.

Manarabisches auch in Berlin.

Ein Leser schreibt uns: Mit großem Interesse habe ich neulich im „Bormärts“ die Ausführungen über die „Fürstlich-Pückler-Ortskrankenkasse“ gelesen. Dabei fiel mir etwas ein, was ich in derselben Gegend auf meiner Ferienfahrt bemerkt habe. Wenn man aus Hamburg herauskommt und die Chauffee nach Bergedorf-Schwarzenbek fährt, dann trifft man vor den Dörfern, wie meistens üblich, das gelbe Schild mit dem Ortsnamen. Darunter steht man erstaunt: Kreis: Herzogtum Lauenburg. Es handelt sich nicht etwa um alte Schilder, im Gegenteil, sie sehen so sauber aus, daß sie bestimmt seit 1918 einmal renoviert worden sind. Im „Handbuch für das öffentliche Leben“ von Müller-Jabusch ist unter Provinz Schleswig-Holstein diese Bezeichnung auch noch enthalten. Aber warum soll man sich erst nach Hamburg und Lübeck bemühen! In Zehlendorf, Anhaltiner Straße 12, gibt es eine Firma Hermann Thiele Wwe., die sich stolz „Kolliführer-Unternehmen der Königl. Preuß. Staatseisenbahn“ nennt. Das Deutsche Reich ist eine Republik...

Feuer im Funthaus!

Kurze Unterbrechung des Abendprogrammes.

In den Verkaufsräumen der Bog-Sprechmaschinen G. m. b. H., die sich im Funthaus, Potsdamer Straße 4, befinden, brach gestern abend lange nach Geschäftsschluss Feuer aus. Die Flammen hatten die Räume in ihrer ganzen Ausdehnung ergriffen. Der Feuerwehrgelände es, den Brand bereits nach wenigen Minuten auf seinen Herd zu beschränken und abzulöschen.

Kurz nach 21 Uhr zerplatzte plötzlich mit einem heftigen Knall die große Schaufensterscheibe und fiel laut klirrend auf den Bürgersteig. Aus dem Innern der Verkaufsräume schossen im nächsten Augenblick die hellen Flammen hervor. Die Feuerwehre wurde alarmiert, die sofort mit fünf Löschzügen, da in der ersten Vermittlung das Brandobjekt sehr undeutlich oder stark übertrieben übermitten wurde, anrückte.

Die Räume, in denen zahlreiche Sprech- und Radioapparate, sowie Schallplatten in Schränken und Regalen untergebracht sind, brannte von der Straßenfront bis zum Hof des Gebäudes lichterloh. Die Feuerwehre griff die Flammen von zwei Seiten mit starken Schlauchleitungen an, und schon nach viertelstündigem Wassergeben war die Gefahr beseitigt. Der Schaden ist ziemlich erheblich, da neben den zerstörten Apparaten und Schallplatten die Verkaufsräume mit ihren hölzernen Wandbekleidungen erheblich gelitten haben. Um 24 Uhr konnten die Wehren nach den beendeten Aufräumarbeiten wieder abrücken. Als Entstehungsurache wird zunächst Kurzschluss in der Stromleitung vermutet. Die nähere Untersuchung jedoch wird darüber erst volle Klarheit bringen.

An der Brandstelle hatte sich bald eine große Menge neugieriger angeammelt, so daß die Schutzpolizei, die auf Kraftwagen herbeigeeilt war, umfangreiche Absperungen vornehmen mußte. Der Straßenbahn- und Fußverkehr in der Potsdamer Straße war in westlicher Richtung etwa 45 Minuten lang polizeilich gesperrt, konnte aber durch Umleitungen ausrecht erhalten werden.

Das Abendprogramm des Rundfunks war eine halbe Stunde, etwa von 1/10 bis um 1/10 Uhr, unterbrochen. Die elektrischen Anlagen und Batterien des Sendeapparates liegen nämlich im Keller direkt unter dem Brandherd und der zur Bedienung anwesende Elektromonteur hatte aus Sicherheitsgründen die ganze Anlage sofort außer Betrieb gesetzt.

Städtische Betriebe und Schulen.

Kommunale Konferenz der brandenburgischen Städte. — Die Anklage gegen die Regierung Potsdam.

Die Sozialdemokratie wendet der Kommunalpolitik von jeher das größte Interesse zu. Es ist deshalb erklärlich, wenn sie jetzt bereits Stellung zu den kommenden Kommunalwahlen nimmt. Veranlassungen in großem Maßstabe finden statt. Für eine Reihe von brandenburgischen Städten, darunter Rommensee und Potsdam, fand am vergangenen Sonntag im Landtagsgebäude in Berlin eine sogenannte Städtische Konferenz statt, zu der sich eine große Zahl kommunalpolitisch interessierter und tätiger Parteigenossen eingefunden hatten, die den Referaten der parteigenösslichen Redner mit großer Aufmerksamkeit folgten.

Veranstaltet war die Konferenz von der Kommunalpolitischen Bezirkszentrale unseres Brandenburgischen Bureau. Diese Einrichtung ist noch neu, hat sich aber schon ungemein bewährt. Der Vorsitzende Genosse Stahl-Spandau konnte zu Anfang mitteilen, daß sich der Sekretär für Kommunalpolitik bereits mitten in der Arbeit für die kommenden Kommunalwahlen befindet. Mit diesen Worten stellte er den Genossen Lück-Berlin vor.

Oberbürgermeister Dr. Fressdorf-Brandenburg referierte zuerst über die kommunalen Steuern und die kommunalen Regiebetriebe. Er ging aus von der Feststellung der politischen Arbeitsteilung für den Staat auf der einen und für die Gemeinde auf der anderen Seite und führte weiter aus, daß wir uns auf den Rathäufern zuerst mit den Steuern für Gewerbe usw. und sodann mit den Ergebnissen der städtischen Betriebe zu beschäftigen hätten. Es folgt eine allgemeine Erläuterung der Steuerbegriffe der Steuererhebung, f. B. der Kommunalabgabengesetze, der Erbschaftssteuerreform und des Finanzausgleichs. Nach diesen mehr geschichtlichen Ausführungen ging der Redner direkt zu den jetzigen Verhältnissen über. Der Schlußappell des Redners, sich in die kommunalpolitischen Probleme zu vertiefen, verhallte deshalb auch nicht ungehört. In der Aussprache beteiligten sich Andres-Ludendorfer, Stahl-Spandau, Wagner-Potsdam, Keimhüffel-Berlin.

Als zweiter Redner sprach Stadtrat Eichler über „Kommunale Schulpolitik“. Leider, so begann er, will man jetzt viel nach der Schule nichts mehr wissen, sobald man sie verlassen hat. Aber das sozialdemokratische Schulprogramm beansprucht das größte Interesse. Neben der finanziellen Seite, den Schulausgaben, besprach Genosse Eichler unsere Pflichten und Rechte, die Zusammenfassung der Schuldeputation, die Schulstellendebelegung, die Elternbeiräte, die sozialistische Schul- und Kulturpolitik und die Kapitalbildung und Schule in der Reichsverfassung. Auch hier setzte die Diskussion wieder recht zuge. In verschiedenen Erklärungen wird die preussische sozialdemokratische Landtagsfraktion auf die außerordentlichen Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, die den von einer sozialistischen Mehrheit regierten Städten und Gemeinden von den Aufsichtsinstanzen der Regierung in Potsdam bereitet werden.

Dann hielt Bezirkssekretär Lück seine Schlußansprache. Er betonte dabei mit Recht, daß auf dem Gebiet der Schulpolitik die Meinungen noch auseinander gingen und wünschte, daß man auf den nächsten Konferenzen sich zu weiterer Klarheit durchbringen möge, damit man bald einheitliche Richtlinien aufstellen könne. — Die nächste beratende Konferenz findet am 29. September statt. Ferienkurse für Kommunalpolitiker finden im Juli und August statt.

Bei Rheuma, Gicht, Ischias

sowie bei Nerven- und Kopfschmerzen, Erkältungskrankheiten und Grippe haben sich Logal-Tabletten hervorragend bewährt. Ueber 5000 notariell beglaubigte ärztliche Gutachten! Davon mehrere hundert Berichte, in denen neben prompter Wirkung besonders die Unschädlichkeit des Logal heroorgehoben wird. Logal scheidet die Harnsäure aus! Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In all. Apoth. 2/1. 140.

646 Chin. 126 Lith. 74,3 Acid. acet. sal. ad. 100 Amyl.

Es ist tatsächlich so:

Kaffee Hag bekommt immer

Reichsbahn, Staat und Volkswirtschaft.

Zur Aenderung des Reichsbahngesetzes durch den Young-Plan.

Durch den Young-Plan werden die Organisationsfragen der Reichsbahn erneut aufgerollt. Nach der neuen Regelung wird die hypothekarische Reparationsbelastung der Reichsbahn beseitigt, die Reparationsausgaben in Höhe von 11 Milliarden Mark kommen in Fortfall. Die ausländische Kontrolle über die Reichsbahn durch den Reichsbahnkommissar wird abgeschafft, ebenso verschwindet durch das Ausschneiden der ausländischen Verwaltungsratsmitglieder der bisherige ausländische Einfluß auf die Verwaltung der Reichsbahngesellschaft.

Nach dieser Befreiung der Reichsbahn von den Fesseln der ausländischen Kontrollen

hätte man konsequenterweise die Entscheidungen über die zukünftige Organisationsform der Reichsbahn der deutschen Regierung überlassen müssen. Das ist nun leider nicht geschehen, denn im Young-Plan findet sich der Hinweis, daß „die Reichsbahn ihre Eigenart als selbständiges und unabhängiges Unternehmen beibehalten“ soll, und ferner die Vorschrift, daß ein besonderes Organisationskomitee aus zwei deutschen und zwei ausländischen Vertretern das Reichsbahngesetz den veränderten Umständen anpassen soll. Gegen diese Bestimmungen des Young-Plans hat sich zwar mit Recht starker Widerspruch erhoben, weil hier eine Einmischung in innerdeutsche Kompetenzen vorliegt.

Durch die im Young-Plan gegebenen Richtlinien ist der Weg für eine umfassende Umorganisation der Reichsbahn aber zunächst verbaut, innerhin muß jedoch für das Organisationskomitee noch sozial Spielraum gegeben sein, um einige unerläßliche Reformen im Interesse der Gesamtwirtschaft vorzunehmen.

Die große gesamtwirtschaftliche und soziale Bedeutung, die den bevorstehenden gesetzgeberischen Arbeiten für die Reparationsregelung zukommt, ist von der Arbeiterschaft rechtzeitig erkannt worden. Der ADGB hat bereits mit vollem Recht die Heranziehung der Arbeiterschaft zu diesen Vorarbeiten gefordert. Die freigewerkschaftlichen Verbände der Eisenbahner haben nun in richtiger Erkenntnis dessen, was für die Verkehrspolitik und das Schicksal der Eisenbahner bei der Abänderung der Reichsbahngesetze auf dem Spiel steht, in einer Eingabe an die Reichsregierung diese Förderung nochmals unterstrichen, indem sie die Reichsregierung ersuchen, daß einer Vertretung der deutschen Arbeiterschaft, der auch Vertreter des Reichsbahnpersonals angehören, die Möglichkeit einer Mitwirkung bei den Verhandlungen über das neue Reichsbahngesetz eingeräumt wird.

Bei ihren Einzelforderungen gehen die Eisenbahner davon aus, daß durch die Aufhebung der Reichsbahnhypothek für die Reparationszahlung und den Wegfall der Schuldverschreibungen das Eigentumsrecht des Reiches an der Reichsbahn wieder in vollem Umfange hergestellt ist. Entsprechend muß auch dem Reich ein stärkerer Einfluß auf Leitung und Verwaltung der Reichsbahn eingeräumt sowie sein Aufsichts- und Tarifgestaltungsrecht verstärkt werden. Die zweite wichtige Aufgabe ist die Beseitigung der rechtlichen Sonderstellung der Reichsbahn bei der Regelung der Dienst- und Arbeitsverhältnisse, die zu einer Entrechtung der Eisenbahner gegenüber allen anderen Staatsbürgern geführt hat. Die diesem Fragenkomplex wird ein besonderer Aufsatz gewidmet sein.

Die Reichsbahn dem Reich.

Die deutschen Eisenbahnen sind schon vor der Dawes-Regelung aus der Hoheitsverwaltung herausgenommen worden. Vor der Deutschen Reichsbahngesellschaft wurden die Bahnen auch schon in einer eigenen, von der sonstigen Staatsverwaltung losgetrennten Unternehmung „Deutsche Reichsbahn“ verwaltet. Es ist ja überhaupt eine unaufhaltbare Tendenz, daß die öffentlichen Unternehmungen aus der bürokratischen Staatsverwaltung herausgelöst werden und in selbständigen Gesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit betrieben werden, und diese Entwicklung können wir auch bei anderen großen Völkereisenbahnen beobachten, so in Oesterreich, Italien, Belgien, Polen und in der Udchestsowatel. Mit dieser läufmännischen Selbstständigung der Bahnen ist aber in den genannten Ländern keineswegs eine völlige Unabhängigkeit vom staatlichen Einfluß verbunden gewesen. Die Regierungen behielten sich die Ernennung der Verwaltungsratsmitglieder und der leitenden Direktoren vor, bestimmten die Tarife und übten die allgemeine Aufsicht, in einigen Fällen sogar eine ständige Kontrolle durch besondere Staatskommissare oder durch das Parlament aus und haben so die Führung der Verkehrs politik in der Hand.

Die Vorschläge der deutschen Eisenbahner

laufen darauf hinaus, dem Deutschen Reich wieder annähernd die gleichen Einfluß- und Kontrollmöglichkeiten zu verschaffen, wie sie die anderen Länder über ihre Bahngesellschaften besitzen. Das Aufsichtrecht der Reichsregierung, das sich bisher im wesentlichen auf die technische und finanzielle Ueberwachung beschränkte, soll sich in Zukunft auch auf die Personalpolitik erstrecken. Die Reichsregierung soll ferner jederzeit die Buch- und Kassensführung der Reichsbahn nachprüfen können. Bei der ungeheuren Bedeutung, die die Tarifpolitik auf das gesamte Wirtschaftsleben ausübt, erscheint ferner die Wiederherstellung der Tarifhoheit des Reiches unerläßlich. (Das Tarifbestimmungsrecht des Reiches ist bedingter und eingeschränkter als das Englands, Frankreichs und USA. über die dortigen Privatbahngesellschaften!) In Stelle der bisherigen Mitwirkung soll eine Entscheidung bei der Aufstellung der Tarife treten. Von den besonderen Schiedsinstanzen, die bisher bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsbahn und Reichsregierung angerufen werden konnten, kommt der als zweite Instanz vorgesehene internationale Schiedsrichter ohnehin in Wegfall. Das besondere Reichsbahngericht erscheint jedoch gleichfalls überflüssig.

Das Entscheidende bleibt aber der Geist, in dem die Verwaltung der Reichsbahn geführt wird.

Bisher hat man die gesamtwirtschaftliche Einstellung bei der Reichsbahn leider vielfach vermissen müssen. In ihrer gesamten

wirtschaftlichen und sozialen Haltung hat sich vielmehr eine ausgesprochene privatwirtschaftliche und sozialreaktionäre Einstellung gezeigt. Die wichtigsten Organe der Reichsbahn sind der Verwaltungsrat und der Vorstand. Der Verwaltungsrat der Reichsbahn ist, abgesehen von den zwei Eisenbahnsachverständigen und dem einen Personalvertreter, der nach jahrelangen Kämpfen der Eisenbahnerschaft seit dem Ende des vorigen Jahres im Verwaltungsrat wirkt, ein Gremium von Großkapitalisten. Die Reichsbahn ist der größte deutsche Auftraggeber. Schließlich ist auch der Posten eines Verwaltungsratsmitgliedes nicht schlecht dotiert. Beides erlärnt manches.

Es muß verlangt werden, nachdem in Zukunft das Reich alle Verwaltungsratsmitglieder bestellen wird, daß in Zukunft nicht mehr wie bisher überwiegen reine Interessensvertreter, sondern Wirtschaftspolitiker, deren Einstellung auf die Allgemeininteressen der Volkswirtschaft verbürgt ist, in den Verwaltungsrat delegiert werden. Es ist ferner durchaus begründet, wenn die Eisenbahngewerkschaften in ihrer Eingabe fordern, daß in Zukunft der Verwaltungsrat zu einem Drittel aus Vertretern des Eisenbahnpersonals bestehen soll. Bei dem berechtigten Interesse, das das Eisenbahnerheer von 700 000 Beamten und Arbeitern an der Gestaltung des Reichsbahnbetriebes hat, muß ein ausreichender Einfluß des Personals im Verwaltungsrat sichergestellt werden.

In ausländischen Bahngesellschaften, sowohl in solchen mit Staatsbeteiligung als auch in solchen rein privatkapitalistischen Charakters, ist die Vertretung des Personals in der Verwaltung bzw. die ständige Zusammenarbeit mit Betriebsausschüssen durchgeführt. Dem Verwaltungsrat der belgischen Landesbahngesellschaft gehören zum Beispiel von insgesamt 21 Mitgliedern vier Arbeitnehmervertreter an, davon drei Delegierte des Eisenbahnpersonals und ein Delegierter des obersten Arbeiterrates. Die älteste amerikanische Eisenbahngesellschaft, die Baltimore- und Ohio-Gesellschaft, ein großes Eisenbahnunternehmen mit fast 80 000 Bediensteten, hat seit Jahren bereits das Personal und die Gewerkschaften an der Verwaltung beteiligt und zwar mit großem wirtschaftlichen Erfolg.

Auf der anderen Seite wird das Recht des Vorzugsstimmhalters auf besondere Vertretung im Verwaltungsrat, nachdem die Kapitalbefreiung durch Vorzugsaktien überflüssig wird, zu beseitigen sein.

Auch für die Ernennung des Vorstands steht die Eingabe der Eisenbahner Verbesserungen vor. Bisher wurden der Generaldirektor und der Vorstand vom Verwaltungsrat bestimmt, und nur für den Generaldirektor bestand ein mehr formales Bestätigungsrecht des Reichsbahnpräsidenten. Statt dessen sollte in

Zukunft sowohl der Generaldirektor als auch die übrigen Vorstandsmitglieder auf Vorschlag des Verwaltungsrates durch die Reichsregierung ernannt werden.

Die Finanzen der Reichsbahn.

Der Entwurf der Eisenbahner wendet sich endlich der bestehenden Beengung der Reichsbahnfinanzen zu. Die Reichsbahngesellschaft muß nach dem alten Reichsbahngesetz bei Erträgen ihres Betriebsrechtes — namentlich Ende 1927 — das Reichsbahnvermögen lastenfrei an das Reich zurückgeben. Diese Bestimmung hat sich als sinnlos und praktisch undurchführbar erwiesen. Zwischen Reichsbahn und Reichsregierung ist auch bereits eine Vereinbarung getroffen worden, daß Kredite für Neuinvestitionen auch über den Ablauf der Konzession hineintragen dürfen und daß die Reichsbahn dementsprechend nur die normalen Abschreibungssätze anzuwenden braucht. Es erscheint notwendig, das alte Reichsbahngesetz entsprechend der schon geübten Praxis abzuändern.

Desgleichen sind gesetzliche Bestimmungen über die Betriebsrücklage überflüssig. Die Reichsbahn hat auf Grund gesetzlicher Vorschriften in den letzten 5 Jahren eine Rücklage von insgesamt einer halben Milliarde Mark gebildet, die sie unverständlicherweise flüssig halten mußte. Die Reichsbahn bedarf keineswegs einer derartigen riesenhohen Barreserve, und in Zukunft sollten daher Höhe und Anlage der Rücklagen der Verwaltung überlassen bleiben.

Ueber die Berechtigung des Anspruchs der Spitzengewerkschaften und der Eisenbahnerverbände auf Heranziehung und Mitwirkung bei der neuen Reichsbahnregelung kann wohl kein Zweifel bestehen. Gegen die Abänderungswünsche im einzelnen wird aber nicht nur vielleicht vom Ausland, sondern auch von den deutschen Unternehmern heftiger Widerstand geleistet werden. Das deutsche Großkapital will jeden stärkeren Einfluß des Staates auf die Wirtschaft verhindern und seinen beherrschenden Einfluß auf die Reichsbahn auch weiterhin ausüben. In einschüchternden Unternehmertreffen ist man sich dagegen über die schädlichen Auswirkungen dieser „Unabhängigkeit“ der Reichsbahn längst völlig im klaren und tritt auch offen dafür ein, daß die Bahn wieder unter Führung und Verantwortung des Reiches gestellt werden müsse. Die Vorschläge der Eisenbahner weisen den Weg für die jetzt erreichbare Neuorganisation. Die Reichsregierung sollte sich vollinhaltlich auf den Boden dieser Vorschläge stellen. Das Reich muß wieder die vortreffliche Führung erhalten und im Rahmen der gesamten Verkehrspolitik die Bahn zu einem gesamtwirtschaftlichen Unternehmen ausbauen, das allein der Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte des Landes dient.

Die „Wi-Wo“ gedeiht.

Das Wirtschaftsunternehmen des Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikats.

Seit dem Frühjahr 1924 hat der Allgemeine Deutsche Beamtensyndikat in der „Wirtschafts- und Wohlfahrts-Einrichtungen des Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikats A.-G.“ sein eigenes gemeinsinniges Unternehmen, das den Beamten gute Ware preiswert liefern will. Die Gemeinnützigkeit der Einrichtungen des ADGB ist um so mehr hervorzuheben, als die bekannte Dehema des Deutschen Beamtensyndikats, die wieder dem Deutschen Beamtensyndikat nahesteht, durch ihre Bindung an den Jakob-Michaelson-Konzern ausgegliedert hat, als eigene gemeinsinnige Unternehmung angesehen werden zu können und nur noch formelle Selbstständigkeit besitzt. Die Wi-Wo hat sich im vergangenen Jahre in erfreulicher Weise weiter entwickelt. Der Umsatz ist derartig gestiegen, daß das erst im Jahre 1927 von 50 000 auf 200 000 Mark erhöhte Kapital im Dezember 1928 weiter auf 450 000 Mark erhöht werden mußte, worauf die Einzahlungen jetzt voll erfolgt sind. Wie bei allen Unternehmungen der freien Gewerkschaften befinden sich sämtliche Aktien im ausschließlichen Besitz der Gewerkschaften selbst, bzw. von Verbänden. Die Entwicklung des vergangenen Jahres wird durch die Bilanzfiguren gekennzeichnet. Die Kapitalerhöhung eingerechnet, hat sich die Bilanzsumme mit 1 880 000 gegen 983 000 Mark fast verdoppelt. Die Aufwände sind von 707 000 auf 1 279 000 Mark gestiegen, die Bewertung der Warenbestände von 200 000 auf 277 000 Mark. Der in der Gewinnrechnung ausgewiesene Gesamtgewinn erhöhte sich von 474 000 auf 729 000 Mark. Die Generalunkosten stiegen von 411 000 auf rund 600 000 Mark.

Die Uebereschüsse haben sich ebenfalls sehr beträchtlich erhöht. Der Reingewinn ist zwar nur von 9813 auf 16 245 Mark erhöht; vor Feststellung des Reingewinnes wurde aber eine Ausfallreserve von 54 281 Mark gebildet und einem Bildungsfonds (des ADGB) ein Betrag von 20 700 Mark zugewiesen.

Ueber die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens dürfte also kein Zweifel bestehen. Die Bildung von Reserven entspricht natürlicher geschäftlicher Vorsicht, um Verlusten vorbeugen zu können; auf der anderen Seite aber der sachgemäßen Begrenzung der Dividende auf 5 Proz. Diese Dividende von 5 Proz. wurde auf das bis zum Jahresfluß dividendenberechtigte Kapital von 200 000 Mark ausgezahlt.

Kapitalerhöhung bei Silverberg.

Die von Herrn Paul Silverberg geführte Rheinische A.-G. für Braunkohlenbergbau und Zementfabrikation in Köln ist der mächtigste deutsche Braunkohlkonzern, der bekanntlich auch einen großen Einfluß auf die Harpener Bergbau A.-G. ausübt. Im Jahre 1928/29 hat dieser Favorit der Börse wieder groß verdient. Die manipulierten Gewinne betragen allerdings nur 6,03 gegen 5,39 Millionen im Vorjahr, und es wird wie im Vorjahr wieder eine Stammdividende von 10 Proz. auf das 67,2 Millionen-Kapital (davon 60 Millionen Stammaktien) verteilt.

Aber Herr Silverberg braucht für seine Transaktionen noch Kapital. Gewiß nicht, um seine Braunkohlen- und Kraftwerke auszubauen, denn die verdienen für ihren Ausbau „über Betrieb“

genug, sondern um weitere Expansionen vornehmen bzw. die Gewinne besser verschleudern zu können. Das Kapital wird von 67,2 auf 80,0 Millionen erhöht und die bisherigen 7,2 Millionen Vorzugsaktien werden gleichzeitig in Stammaktien umgewandelt. Den Aktionären wird auch ein sehr hübsches Kapitalgeschenk gemacht. Obwohl nämlich der Börsenkurs in den letzten Tagen etwa um 295 Proz. stand, werden die Aktionäre für die jungen Aktien nur 130 Proz. des nominellen Wertes einzuzahlen haben.

Es wird wieder mehr gekauft.

Weil das Masseneinkommen steigt.

Der letzte Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung beschäftigt sich mit den in den letzten Monaten nicht unerheblich vergrößerten Umsätzen des Einzelhandels. Im Einzelhandel konnte sich eine Besserung der Absatzverhältnisse durchsetzen, weil in den letzten Monaten durch die starke saisonmäßige Belebung der Wirtschaft und durch das natürliche Wachstum des Masseneinkommens die Ausfälle in der Zeit der großen Arbeitslosigkeit wieder ausgeglichen worden sind. Vor allem für Textilien ist allgemein eine Erhöhung der Umsätze über diejenigen des Vorjahres festzustellen. Auch der Entwicklung des Lohnsteueraufkommens zu urteilen, das in den letzten Monaten recht erheblich gestiegen sei, habe auch das Einkommen der Industriearbeiterschaft im Mai den Vorjahresstand wieder überschritten.

Sowohl für die erweiterten Umsätze des Handels als auch die Steigerung des Masseneinkommens wehrt sich das Konjunkturinstitut gegen die Annahme, daß aus der Entwicklung auf eine konjunkturelle Veränderung geschlossen werden dürfe. In seiner Argumentation hat aber das Institut für Konjunkturforschung nicht berücksichtigt — es wird nur auf das erhöhte Lohnniveau hingewiesen —, inwieweit die Arbeitslosigkeit größer sein kann als im vorigen Jahre und die industrielle Tätigkeit dennoch größer, wenn der Nationalisierungseffekt berücksichtigt wird. Zum mindesten hat das Institut seine These nicht bewiesen, daß auf eine konjunkturelle Besserung nicht geschlossen werden könne.

Gutes neues Kalijahr.

Der Abschlag der zum Deutschen Kalijndikat gehörenden Kaliumwerte im Juni 1929 betrug 977 229 Doppelzentner gegen 998 822 Doppelzentner Reinkali im gleichen Monat des Vorjahres. Die Abbladungen in den ersten zwei Monaten (Mai und Juni) des laufenden Düngejahres betragen 1 750 161 Doppelzentner Reinkali in den ersten zwei Monaten des guten Düngejahres 1928/1929. In den ersten sechs Monaten des laufenden Kalenderjahres wurden von den Kaliumwerten insgesamt 8 298 612 Doppelzentner Reinkali gegen 8 080 310 Doppelzentner Reinkali in der gleichen Zeit des Vorjahres versandt. Die Ausfälle der kalten Monate sind also aufgeholt.

Neue Zinsverbilligung für Molkereiprodukte. Das Reichsernährungsministerium will aus den Mitteln des landwirtschaftlichen Notprogramms im Jahre 1929 eine zweite Zinsverbilligungsaktion zur Verbesserung der Milchherzeugung, des Milchtransports und der Verarbeitung der Milch, sowie für die Standardisierung von Molkereiprodukten durchführen. Die Zinsverbilligung von höchstens 5 1/2 Proz. für neue, nach dem 1. Januar 1929 begonnene Maßnahmen soll wieder für höchstens fünf aufeinanderfolgende Jahre gelten.

Victor Schiff: Vom Baskenland nach Madrid

Preisfrage: Welche Ähnlichkeit besteht zwischen Rußland und Spanien? Die Antwort erhält man schon an den Grenzstationen, wo man die bequemen französischen Eisenbahnwagen verlassen muß, um in weniger bequeme und auch weniger laubere spanische Wagen umzusteigen: Das spanische Eisenbahnnetz hat, ebenso wie das russische, eine breitere Spurweite als alle übrigen europäischen Länder. Offenbar ebenfalls nur aus strategischen Gründen und vielleicht infolge der gemeinsamen historischen Erfahrung. Beide Länder haben einst eine napoleonische Invasion durchgemacht. Die Erinnerung daran mag noch relativ frisch gewesen sein, als man in der Mitte des 19. Jahrhunderts die ersten Eisenbahnen baute. Heute freilich mögen beide Länder diese Absonderung vom übrigen direkten kontinentalen Verkehr bedauern, die viele wirtschaftliche Nachteile mit sich bringt. Die strategischen Vorteile dagegen dürften heute, zumal im Zeitalter der Flugzeuge, sehr gering sein. Abgesehen davon, daß eine Kriegsgefahr mit Frankreich zu den allerunwahrscheinlichsten Dingen der Welt gehört.

Nationaler Stolz oder Bequemlichkeit?

Aber vielleicht gefallen sich die Spanier in dieser Selbstheiligung? Es muß auffallen, daß man sich auf der Grenzstation sogar mit leitenden Stationsbeamten auf französisch nicht verständigen kann, obwohl nur ein paar hundert Meter entfernt, jenseits des Bidassoa-Flusses das erste französische Städtchen Hendaye liegt. Wieder versucht der Stationsvorsteher deutsch zu reden, als daß er auf französische Fragen antwortet! Die gleiche Erfahrung macht man am Bahnhaltersalter, mit den Gepäckträgern, mit den Schaffnern, mit den Kellnern im Speisewagen. Nationaler Gegenstand? Vielleicht, obwohl heute die Erinnerungen an die Blutbäder von Saragossa und Madrid in den Jahren 1807/08 eigentlich verblasst sein sollten. Nationaler Stolz? Der ist bei den Spaniern sprichwörtlich. Vor allem dürfte es Bequemlichkeit sein, die sogar solche Spanier, die es am zuehen benötigen würden, davon abhält, fremde Sprachen zu lernen. In den Restaurants, ja selbst in den größten Hotels ist die Zahl der französisch sprechenden Angestellten sehr gering. In Spanien klagt man zwar oft darüber, daß der Fremdenverkehr im Vergleich zu den natürlichen und künstlichen Schönheiten des Landes viel zu gering sei. Aber man macht es den Fremden wirklich nicht leicht.

Eine andere Eigentümlichkeit, die man schon an der Grenze erfährt: mit Ausnahme ganz weniger internationaler Anfahrtszüge, die einen Wagen 2. Klasse mitführen, kennt man in Spanien nur 1. und 2. Klasse. So weiß man aus dieser einen Tatsache schon an der Grenze, daß man ein Land mit den stärksten sozialen Gegensätzen betritt; ein Land mit einer dünnen Oberschicht und mit einem ungeheuren Proletariat, aber ohne eigentlichen Mittelstand.

Eine Wüste.

Die Fahrt von Leon nach Madrid ist bei Tage niemandem zu empfehlen. Sie dauert rund zwölf Stunden und führt, sobald man das reiche, üppige Baskenland bei San Sebastian verlassen hat, größtenteils durch eine deprimierende Ebene von ausgedehntem steinigem Boden — die Hochfläche von Kastilien. Die nicht geringen Höhenunterschiede verhindern allzu stolze Geschwindigkeiten: man steigt vom Meeresspiegel bis auf 1200 Meter, um dann wieder bis auf etwa 600 Meter herunterzufahren — das ist die Höhe von Madrid. Im Sommer ringt man während der Fahrt durch Kastilien nach Luft, doch soll im Winter ein eisiger Wind über diese Hochebene wehen. Ein armes, demütigenswertes Land. Stundenlang kein Baum, kein Acker, kein Haus, nur in der Ferne erblüht man an den Hängen kahler Hügel Dörfer, die anscheinend nur aus Lehmhütten und Höhlenwohnungen bestehen. Die wenigen mittleren Städte, Burgos, Valladolid, Medina del Campo, die unvermittelt aus dieser gelagerten Erde und Steinwüste auftauchen, kommen einem wie Oasen vor.

Diese Wüste legt sich fast bis vor den Toren Madrids fort. Als man dann die ersten Autos, die ersten Bussen, die ersten Straßen erblickt, atmet man förmlich auf und freut sich, festzustellen, daß man wieder in einer zivilisierten Gegend ist. Dann aber reißt man sich die Augen: in der Ferne tauchen am Horizont wie eine Fata Morgana die Silhouetten weißer Wespennester auf, die in den Himmel emporragen. Mit jeder neuen Minute werden die Umrisse dieser Wespennester deutlicher: dann erkennt man, daß es Paläste sind und — Wolkenträger. Es ist, als hätte man besonders in der letzten Stunde der Fahrt Jahrhunderte übersprungen.

Wovon lebt Madrid?

Spaniens Hauptstadt liegt fast genau im geographischen Mittelpunkt der Iberischen Halbinsel. Sie zählt fast eine Million Einwohner und wächst von Jahr zu Jahr infolge eines gewaltigen Geburtenüberschusses und der üblichen Anziehungskraft, die alle Großstädte auf das flache Land ausüben. Madrid wächst — aber wovon lebt es? Diese Frage habe ich mir schon gestellt, als ich vom Zuge aus in der Ferne die Paläste und Wolkenträger auftauchen sah. Ich habe diese Frage später an viele Madrider gerichtet. Keiner konnte mir eine befriedigende Erklärung für dieses soziologisch-wirtschaftliche Phänomen geben. Denn Madrid ist eine Stadt ohne Industrie. Es ist auch eine Stadt ohne landwirtschaftliche Umgebung. Es ist eine Stadt ohne Fluß, denn die Berliner Pante nimmt es, wenigstens in der trockenen Jahreszeit, mit dem Manzanares auf. Also wovon lebt eigentlich diese Millionenstadt?

Sie ist eben eine Hauptstadt, mit allem Drum und Dran. Um die Zentralbehörden, um den Hof, um die Botschaften und Gesandtschaften, um die reiche Aristokratie, die in den ferneren Provinzen unzählige Wäpfer und landwirtschaftliche Arbeiter für sich schufte, lag, gruppieren sich die Banken, die Geschäfte, die Hotels und Caféhäuser, die Volkstheater — und ein millionenföppiges Proletariat. Und so entsteht eine Großstadt ohne materiellen Unterbau. Aber weit davon entfernt, zu vegetieren, blüht und gedeiht diese Stadt wie kaum eine andere in Europa — wenigstens äußerlich. Ja, sie entwickelt sich in geradezu amerikanischen Formen. Nirgends wird so viel gebaut wie zurzeit in Madrid. Ganze Viertel werden niedergelegt, um Straßenbrücken durchzuführen und an diesen neuen Brückstrichen entstehen rechts und links wirkliche Turmhäuser und Wolkenträger, wie man sie weder in London, noch in Berlin bisher kennt. Zwölf- bis fünfzehnstöckige Häuser werden gegenwärtig an der neueröffneten Gran Via fertiggestellt, da wo vor zwei Jahren

noch niedrige und schmutzige Mietskasernen in einem Gemimmel von engen und luftlosen Gassen gestanden haben sollen.

Man hat keine Eile.

Diese Entwicklung von Madrid dürfte manche volkswirtschaftliche Theorie auf den Kopf stellen. Denn die Stadt, die, wie mir von allen Seiten bestätigt wurde, nicht eine größere Fabrik zählt und fokuzogen keine einheimische Industrie kennt, beschäftigt gegenwärtig allein durch die Neubauten Zehntausende von Bauarbeitern. Der Automobilverkehr ist dort ebenso rege wie in Berlin, der Privatkraftwagen dürfte sogar höher sein als bei uns.

Dabei ist das Arbeitstempo ein ganz anderes als im übrigen Europa. Die Indolenz ist das hervorsteckendste Merkmal des Madrider Lebens. (In Barcelona und in Katalonien soll es allerdings ganz anders sein.) Man braucht nur zu beobachten, wie die Menschen auf der Straße, vor allem wie sie über die Straße gehen, um zu erkennen, daß man sich in diesem Lande grundsätzlich Zeit läßt. An den Schaltern der Eisenbahn, der Post, der Banken werden in fünf Minuten fünfmal weniger Menschen abgefertigt als in jedem anderen Lande. Bis der Kellner auf den Ruf „Zahlen!“ sich bequemt, überhaupt zu reagieren und auf nochmalige Mahnung die Rechnung vorzulegen, vergeht immer eine Weile. Zeigt man Ungebuld und Weger, so sieht einen der Schalterbeamten oder der Gastwirtsgehilfe gutmütig-erkant, aber auch etwas mißbilligend an; wie kann man es bloß eilig haben? Das schickt sich anscheinend in diesem heißen Lande nicht.

Lage, Klima, Sitten.

Madrid liegt über 600 Meter hoch und hat infolgedessen alle Nachteile eines kontinentalen Klimas. Im Winter soll es mitunter grimmig kalt sein, wenn von den Bergesketten der Guadaluajara ein eisiger Wind die Schneemassen über die lastige Hochebene herüberweht. Aber im Sommer ist es mitunter der reifste Badewind. Wie die Menschen in kalten Jahreszeiten leben, weiß ich nicht. Aber im Sommer arbeiten sie nur am Vormittag und am späten Nachmittag. Die Nachmittagsstunden von 1 bis 5 sind für die meisten Madrider Stunden der Siesta in den Wohnungen oder der Ruhe auf den Terrassen der Caféhäuser. Die meisten Geschäfte sind geschlossen und werden erst wieder geöffnet, wenn die drückendste Sonnenglut gewichen ist. Vor allem die Frauen und Kinder sind

in der heißesten Tageszeit unsichtbar. Aber mit der ersten Abendkühle beleben sich auf einmal die Straßen, die Gärten, die Promenaden. Es entsteht ein Gemimmel von Männern, Frauen, Kindern, Greisen, Säuglingen. Aus den dunklen, luftlosen Gassen strömen sie in die breiten Alleen und Parks und verbringen dort den ganzen Abend bis tief in die Nacht hinein. In den ersten Tagen verliert der Fremde in Madrid jedes Gefühl für die einzelnen Tagesstunden, besonders am Abend; wo gibt es sonst in Europa ein Land, wo die hauptsächlichste Spielzeit der Kleinen und Kleinsten Kinder zwischen 9 Uhr abends und Mitternacht liegt? Ein anderes besonderes Merkmal Spaniens ist, daß man dort Kinderwagen überhaupt nicht kennt: Säuglinge und kleine Kinder, oft bis zum dritten und vierten Lebensjahr, werden auf dem Arm getragen. So wohnen des Abends unzählige Ehepaare die Promenaden entlang, der Vater trägt das ältere Kind auf dem Arm, die Mutter den Säugling. Dieses Bild wirkt auf den Fremden besonders erschütternd, weil in den meisten Kulturländern selbst der ärmste Proletarier einen Kinderwagen besitzt. Doch merkt man bald, daß auch gutgekleidete Angestellte, ja sogar elegante Männer und Frauen ihre Kinder so spazieren führen. Es ist also kein Zeichen besonderer Armut, sondern nur Landesitte. Die meisten Menschen machen einen sorglosen, zufriedenen, heiteren Eindruck. Und sicher ist, daß das spanische Volk genügsamer und bescheidener in seinen Lebensansprüchen ist als manches andere. Vor allem scheint es, daß sich die breiten Massen ihres Glucks gar nicht recht bewußt sind, eben weil die sozialistische Aufklärung bisher nur einen geringen Teil des Volkes erfaßt hat, das nach wie vor dem kirchlichen Einfluß unterliegt. Aber objektiv scheint doch die Lage eines großen Teils der Bevölkerung furchtbar zu sein. Entsetzlich ist der Anblick der Männer und Frauen, die um 2 Uhr nachts vor den Terrassen hell erleuchteter Caféhäuser den nicht schlafenden Bürgern und Offizieren den Rücken oder Fingerringen verlaufen und die Schube putzen, während ihre Kinder sorglos und heiter, aber schmutzig und abgeriffen auf dem Bürgersteig spielen.

Sie alle, die Bürger und die Hausierer, die Offiziere und die Bettler, werden am nächsten Vormittag lange schlafen. Sie werden auch am Nachmittag wieder schlafen. Zwischen durch werden sie auch ein paar Stunden lang arbeiten, oder was man drüben so nennt. Aber wovon leben sie, wovon lebt diese Millionenstadt, woher hat sie die Mittel zu den neuen Straßenbrücken, zu den neuen Palästen, zu den Wolkenträgern? Sollte diese unheimliche, unredliche Amerikanisierung nicht doch ein schlimmes Ende nehmen?

Ein neuentdeckter Menschenaffe

Den durch ihre große Menschenähnlichkeit eine Sonderstellung beanspruchenden drei Affenarten Schimpanse, Gorilla und Orang-Utang wird man in Zukunft eine vierte hinzuzufügen müssen, die im Gegensatz zu den genannten in Amerika ihre Heimat hat. Ihr Entdecker, der Geologe D. de Sops, der sie im Laufe einer dreijährigen Forschungsreise in den Urwäldern im Oberlauf des Cocacumbosflusses (Venezuela) angetroffen hat, läßt darüber durch Dr. S. Rantandou der französischen Akademie der Wissenschaften berichten.

Der Forschungsreisende hatte gerade sein Lager an dem abschüssigen Ufer des Flusses, an einer Stelle, wo dieser eine Biegung macht, aufgeschlagen, als er ein auffälliges Geräusch in den Bäumen hörte und dessen Ursache feststellen wollte. Zu seiner Verwunderung bemerkte er, daß der Lärm nicht von oben kam und daher nicht von den südamerikanischen Urmäusen langschwänzigen und schwanzlosen Affen, den sogenannten Spinnenaffen, herüberkommen konnte. Möglich lag er auch, wie ihm zwei große affenartige Tiere entgegenkamen, die in größter Eile und unter lautem Geschrei gestikulierten, Baumäste abbrachen und damit — sowie auch mit ihren Extremitäten — die Forschungsreisenden bewarfen. De Sops und seinen Gefährten blieb nichts übrig, als sich zur Wehr zu setzen und auf die Tiere zu schießen; sie erlegten das Weibchen, während das Männchen sein Heil in der Flucht suchte.

Die den Kreolen aus der Begleitung des Forschungsreisenden völlig unbekanntes Jagdwild wurde ins Lager geschleppt und dort unverzüglich in sitzender Stellung photographiert. Mit seiner mehr als anderthalb Meter (genau 1,57 Meter) betragenden Statur übertrifft das Tier weit alle bekannten amerikanischen Affenarten, von denen es sich durch seinen wohlproportionierten Körperbau unterscheidet; durch seine dicke Behaarung erinnert es am ehesten an die schwanzlosen. Nach den Aufzeichnungen des Forschungsreisenden hat es auch keinerlei Schwanzansatz; sein Gebiß besteht aus 32 Zähnen, und sein Gesicht ist auffällig menschenähnlich — in noch höherem Grade, als dies von den bekannten Menschenaffen gilt.

Den voneinander abtastenden Nasenlöchern nach ist es ein plattnasiger Affe; hierfür spricht auch der verkümmerte Daumen der Vorderarme. Wollte man ihn mit den Affen der alten Welt vergleichen, so könnte man sagen, daß er durch seinen Körperbau an den Gibbon (Rangarmaffen) erinnert, der vielfach auch zu den Menschenaffen gerechnet wird; hinsichtlich seiner Gliedmaßen steht er hingegen dem Orang-Utang, der von den bisher bekannten menschenähnlichen Affen den kürzesten Daumen hat, am nächsten.

In einer Fußnote an „La Nature“ weist Rantandou auf den offenbar bestehenden Parallelismus hin. Die Entdeckung zeige klar, daß Amerika ganz ebenso wie dies von Asien und Afrika bekannt war, seine eigenen Menschenaffen hervorgebracht habe. Bisher glaubte man ja, daß Amerika trotz seiner entsprechenden klimatischen Verhältnisse in dieser Hinsicht eine Sonderstellung einnimmt. Als über den dortigen plattnasigen Affen stehend, hatte man — ohne Zwischenglied — nur den Menschen gekannt und daher geglaubt, die dort heimischen „Primates“ wären in ihrer Entwicklung stehen geblieben, und erst viel später wäre der Mensch — aus anderen Erdteilen — eingebracht. Da man ging in dieser Hinsicht noch weiter: Zu den Beweisgründen, nach denen man in Mittelafrika die Wiege der Menschheit sehen wollte, gehörte auch der Umstand, daß die bisher bekannten Menschenaffen sämtlich am äußersten Rande der Alten Welt (Schimpanse und Gorilla an der Küste von Guinea, Orang und Gibbon in holländisch-Indien) heimisch und gleichsam durch aufeinander folgende Wellen ihrer Nachfolger von Mittelafrika aus dort hingetrieben waren.

Die Entdeckung eines amerikanischen Menschenaffen beweist hingegen die Vergeßlichkeit dieser Annahme und spricht für die Echtheit der auf vorhistorische Menschen deutenden gelegentlichen amerikanischen Funde. Im Lichte der neuen Tatsachen wird es also wahr-

scheinlich, daß sich menschenähnliche Affen — und ebenso auch die noch halb affenartigen Vorläufer der Menschen, sowie der Mensch selbst — nicht nur an einer Stelle, sondern wie dies der sogenannte biologische Theorie entspricht, überallhin auf der Erde entwickelt haben.
Dr. Alfred Grabenwitz

Kann man drahtlos riechen?

Ein Berliner Rundfunkhörer hatte kürzlich den Radioingenieuren ein kurioses Problem unterbreitet. Der wißbegierige Herr, der durchaus ernst genommen sein will, behauptete nämlich, daß ihm sein Radiohörer nicht nur den durch Rundfunk übertragenen Gottesdienst in der Notre-Dame-Kirche übermittelte habe, sondern daß er gleichzeitig auch den Duft der während der Zeremonie brennenden Kerzen getochen habe. Er fragte daher, ob es möglich sei, daß auch Gerüche von den Radiowellen verbreitet und gleich Tönen durch den Sender vermittelt werden. Die Ingenieure glauben nicht an solche Möglichkeiten und überließen die Beantwortung der schwierigen Frage den Psychologen, die denn auch eine Erklärung zur Hand hatten. Ohne den guten Glauben des Hörers mit dem empfindlichen Geruchsorgan anzuzweifeln, versuchten sie, ihn davon zu überzeugen, daß er einer Halluzination zum Opfer gefallen sei, da von einem Rundfunkgeruch föhlich nicht die Rede sein könne. Die Erklärung dieser Verwechslung von Geruchs- und Tonempfindungen gründe sich, wie der Bericht der Psychologen ausführlich, auf die eine oder die andere der zwei wohlbekanntesten geistigen Anomalien. Die eine von diesen besteht in einer ungewöhnlich aktiven Assoziation; in dem Augenblick, wenn die Musik gehört wird, wird gleichzeitig im Gehirn eine Erinnerung an die Gerüche lebendig, die der Hörer mit denen in der Kirche zu verbinden gewöhnt ist. Die andere Erklärung, die aber nur für bestimmte abnorme Individuen zutrifft, beruht auf dem Zustande der sogenannten „Synästhesie“, einer Ercheinung, bei der von einem Sinn ausgenommene Eindrücke im Gehirn mit denen anderer Sinne vermischt werden. Bei einigen wenigen Individuen tritt diese Störung in der Form des sogenannten „Farbenhörens“ auf, bei der Töne Farbeempfindungen auslösen. So mögen sich unter bestimmten Voraussetzungen auch Töne in Geruchsempfindungen umkehren.

Diamantensagen. Die Produktionsziffer der Diamanten hat in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen. Allein in Kamaquanda, in der früheren deutschen Kolonie Südwestafrika, sind im Verlauf der letzten zwölf Monate insgesamt mehr als eine Million Karat Diamanten gefördert worden. Im belgischen Congo-Gebiet ist die Förderungsleistung für Diamanten von 16 000 Karat im Jahre 1913 auf 101 000 Karat im Berichtsjahre 1928/1929 gestiegen. Hoff täglich werden neue Diamantensfelder entdeckt. Berücksichtigt man dabei noch die scharfe Konkurrenz, die die letzten Perlen in den künstlich gezüchteten sogenannten japanischen Perlen erhalten haben, dann wird man wohl in nicht sehr ferner Zeit mit einer weltweiten Entwertung von Edelsteinen und Schmuckstücken rechnen dürfen.

Der „Joll Helgolands“. Die Insel Helgoland stand vom Jahre 1717 bis zum Jahre 1807 unter dänischer Oberhoheit. In der letzten Zeit der Däneherrschaft bestand die Besatzung der Insel aus 24 Invaliden, unter dem Kommando des Obersten Sista. Als 1807 die Engländer die dänische Flotte kaperten, sah Sista den Fall Helgolands voraus. Er beschloß daher, die wehrfähige Jugend der würdigen Insel militärisch zu schulen und ließ die Leute allerlei militärische Übungen machen. Als er die Jugend genügend ausgebildet glaubte, verflammte er sie und hielt ihnen eine glühende Rede voll Begeisterung für Dänemark und den edlen Beruf des Vaterlandskriegeres. Danach, als er meinte, sie genugam begeistert zu haben, fragte er, ob sie mit bereit seien, den heiligen Boden ihres Insellandes bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. Die blonden Inseljungen schüttelten bedächtlich den Kopf und erwiderten nur das einzige Wort „Nein!“. Damit war der Fall Helgolands besiegelt.

Grosser Lebensmittel-Verkauf

Mengenabgabe vorbehalten

Während der Sommermonate sind Fleisch, Obst, Gemüse und andere leicht verderbliche Waren vom Versand ausgeschlossen
Preise nur Freitag und Sonnabend

Verkauf soweit Vorrat

Frisches Fleisch

Kalbshaxen	Pfund	68 Pf.
Kalbskamm ohne Beilage	Pfund	86 Pf.
Kalbsrücken ohne Beilage	Pfund	98 Pf.
Kalbskeule bis 9 Pfund schwer, ganz oder geteilt	Pfund	108 Pf.
Schweinebauch ohne Beilage	Pfund	108 Pf.
Schweineschulterblatt	Pfund	118 Pf.
Schweineschinken	Pfund	124 Pf.
Schweinekamm oder Schopf, ohne Beilage, ohne Schwarte	Pfund	148 Pf.
Gulasch gemischt	Pfund	90 Pf.
Eisbein mit Spitzbein gepökelt	Pfund	64 Pf.
Rückenfett bratfertig, ohne Schwarte	Pfund	88 Pf.
Suppenfleisch	Pfund von	78 an
Schmorfleisch ohne Knochen	Pfund	124 Pf.
Schabefleisch	Pfund	124 Pf.
Hackepeter gewürzt	Pfund	120 Pf.
Hammelvorderfleisch	Pfund von	98 an
Hammelkeule	Pfund	128 Pf.

Kalbsschnitzel	Pfund	200 Pf.
Kalbsroulade gerollt	Pfund	148 Pf.
Roastbeef ohne Knochen	Pfund	158 Pf.
Rinderleber	Pfund	126 Pf.

Gefrierfleisch

Schmorfleisch ohne Knochen	Pfund	118 Pf.
Suppenfleisch	Pfund von	68 an
Gulasch	Pfund	88 Pf.
Hammelvorderfleisch	Pfund von	84 an
Hammelrücken	Pfund	98 Pf.
Hammelkeule	Pfund	108 Pf.
Rinderlungen frisch	Pfund	32 Pf.
Rinderherzen frisch	Pfund	54 Pf.
Rinderbacken frisch	Pfund	54 Pf.
Euter frisch	Pfund	24 Pf.
Schweineköpfe mit Backe, frisch	Pfd.	44 Pf.

Käse und Sette

Frühstückskäse	3 Stück	20 Pf.
Romadour	Stück	15 Pf.
Allgäuer Stangenkäse	Pfund	52 Pf.
Blockkäse Emmentaler Art, 80%	Pfund	1,15
Blockkäse Tilsiter Art, 20%	Pfund	78 Pf.
Tilsiter halbfett	Pfund	48 Pf.
Tilsiter vollfett	Pfund	80 Pf.
Edamer halbfett	Pfund	62 Pf.
Holländer halbfett	Pfund	68 Pf.
Margarine	Pfund	50 Pf.
Molkereibutter	Pfund	1,56
Bayr. Schweizer	Pfund von	1,35 an
Steinbuscher	Pfund	78 Pf.
Münster	Pfund	65 Pf.

Kaffee frisch gebrannt, Pfd. 2¹⁰ 2²⁰ 2⁴⁰ 2⁶⁰

Kolonialwaren

Bruchreis	Pfund	18 Pf.
Ital. Tafelreis	Pfund	26 Pf.
Patna-Reis	Pfund	28 Pf.
Blue-rose-Reis	Pfund	34 Pf.
Hartweizengriss	Pfund	23 Pf.
Weizengriss	Pfund	21 Pf.
Hartweizennudeln	Pfund	38 Pf.
Eiersternchen	Pfund	38 Pf.
Eierfadennudeln	Pfund	40 Pf.
Eierschnitnudeln	Pfund	36 Pf.
Kartoffelmehl	Pfund	23 Pf.

Stadion-Auszugmehl 2-Pfund-Beutel 48 Pf. 5-Pfund-Beutel 1¹⁵

Einkochapparate

EINKOCHGLÄSER „HERTIE“ ohne Ring				
1/2 Liter	3/4 Liter	1 Liter	1 1/2 Liter	2 Liter
Enge Form	42 Pf.	45 Pf.	48 Pf.	50 Pf.
1/2 Liter	3/4 Liter	1 Liter	1 1/2 Liter	2 Liter
Weite Form	45 Pf.	48 Pf.	52 Pf.	58 Pf.
Gummiringe ang 3 Pf. weit 4 Pf.				

GEMÜSE UND OBST

Zitronen	Dutzend	35 Pf.
Spitzkohl	Pfund	10 Pf.
Salat	3 Kopf	10 Pf.
Kohlrabi	2 Mandel	28 Pf.
Wirsingkohl frisch	Pfund	18 Pf.
Grüne Gurken	Stück von	15 an
Schoten	2 Pfund	25 Pf.

Neue Nierenkartoffeln 5 Pfund	42 Pf.
Junge Möhren 5 D. 30 Pf.	30 Pf.
Tomaten 3 Pfund	35 Pf.

Stachelbeeren	Pfund	20 Pf.
Blaubeeren	Pfund	32 Pf.
Johannisbeeren	Pfund	36 Pf.
Kirschen sauer	Pfund	42 Pf.
Aprikosen	Pfund	34 Pf.
Pfirsiche	Pfund	38 Pf.
Bananen	Pfund	45 Pf.

Neue Kartoffeln hellrotliche 5 Pfund	34 Pf.
Neue Matjesheringe Stück	10, 15 Pf.

Für Reise und Sport

Hammelfleisch mit Reis Dose	85
Linsengemüse	85
Risotto mit Leber in Tomatenreis	85
Reis mit Kalbskopftragant Pfennig	
Frikandellen mit Erbsen Dose	85
Erbsen mit geräucherter Schweinefleisch	85
Bohnen mit geräucherter Schweinefleisch Pfennig	

Wurstwaren

Hausmacher-Sülze	Pfund	45 Pf.
Rot- oder Leberwurst	Pfund	58 Pf.
Landleberwurst	Pfund	80 Pf.
Sülzwurst	Pfund	85 Pf.
Berliner Mettwurst	Pfund	86 Pf.
Dampfwurst	Pfund	88 Pf.
Hausmacher-Leberwurst	Pfd.	95 Pf.
Fetter Speck	Pfund	108 Pf.
Jagdwurst	Pfund	110 Pf.
Schinkenpoinische	Pfund	125 Pf.
Mettwurst nach Braunschweiger Art	Pfund	125 Pf.
Magerer Speck	Pfund	135 Pf.
Hildesheimer	Pfund	140 Pf.
ff. Leberwurst	Pfund	145 Pf.
Cervelat u. Salami im ganzen	Pfund	148 Pf.
Kalbsleberwurst	Pfund	180 Pf.
Schinkenspeck	Pfund	193 Pf.
Mausschinken	Pfund	210 Pf.

Fische und Räucherwaren

*) Nur Leipziger Strasse, Alexanderplatz, Frankfurter Allee, Kottbuser Damm, Belle-Alliance-Strasse, Wilmersdorfer Strasse.

*Seelachs ohne Kopf, im ganzen	Pfund	16 Pf.
*Kabeljau ohne Kopf, im ganzen	Pfund	24 Pf.
*Suppenkrebse 6 Stück von	25 an	
*Bratschollen 2 Pfund	35 Pf.	
*Schellfisch	Pfund	38 Pf.
*Frische Zander	Pfund	38 Pf.
*Fischfilet	Pfund	28, 48 Pf.
Räucherheringe	Stück	18 Pf.
Seelachs geräuchert	Pfund	40 Pf.
Goldbars	Pfund	55 Pf.
Stückenflundern	Pfund	58 Pf.
Seeaal abgezogen	Pfund	60 Pf.
Ostseeheringe in verschiedenen Saucen 1/2 Dose	50 Pf.	1/4 Dose 62 Pf.

Konfeerven

Kaiserschoten 1/2 Dose	1,65	Spinal 1/2 Dose	52 Pf.
Junge Erbsen fein	1,25	Apfelmus	75 Pf.
Junge Erbsen mittel	78 Pf.	Süsskirschen ohne Stiele	1,40
Gemüseerbsen	50 Pf.	Ananas 1 Dose 6 Scheiben	1,20
Kartoffeln gerieben	45 Pf.	Kürbis	73 Pf.
Gemischtes Gemüse mittel	1,10	Reineclauden	95 Pf.
Leipziger Allerlei	90 Pf.	Preisselbeeren	1,20

Elmer ca. 2 Pfund **KONFITURE** Elmer ca. 2 Pfund
Pflaumen 92 Pf. Aprikosen 1,10 Orange 1,05 Johannisb. 1,15
Erdbeer 1,30 Kirsch 1,35 Himbeer 1,35 Ananas 1,40
Zweifrukt-Marmelade Apfel-Erdbeer, Apfel-Himbeer, Apfel-Johannisbeere, Elmer ca. 2 Pfund 78 Pf.

Konfitüren

Erfrischungskaramellen 75 Pf.	Gute Schokolade 3 Tafeln 85 Pf.
Bonbon-Mischung 45 Pf.	Blätterteig-Brezeln 95 Pf.
Himbeeren u. Brombeeren, Pfd. 75 Pf.	Eisbonbon od. Marzipan Drops, Pfd. 65 Pf.
Limonadenbonbons Pfund 95 Pf.	Sandgebäck Pfund 80 Pf.
Erfrischungswaffeln Pfund 90 Pf.	Gebrannte Mandeln Pfund 90 Pf.

BILLIGE TOILETTEARTIKEL

Regia-Zahnpasta desinfiziert, reinigt und erfrischt die Mund...	25 Doppel-	50 Pf.
Regia-Hautcreme für Tag- u. Nachtgebrauch, schützt den Teint vor Sonnenbrand...	50 Doppel-	80 Pf.
Gummischwammbeutel elegante Muster, garantiert wasserdicht...	50, 75, 85 Pf.	
Pflieder-Bau de Cologne natürlich duftend, hochkonzentriert, Flasche mit Spritzverschluss	95 Pf.	
Lawendel- od. Kölnisch-Wasser-Seife angenehm duftend, Karton mit 3 grossen Badestücken	95 Pf.	
Badebürsten mit Stiel...	Stück	65, 95 Pf.
Sauerstoff-Badetabletten Herr u. Morven belebend, Packung für 12 Bäder	50 Pf.	95 Pf.
Reiseplättchen für Brennstofftableten, ohne Lampe zu erhitzen, sehr praktisch...	Stück	2 Pf.

Telephon. Bestellungen werden prompt erledigt

Unsere Anschlüsse:
Leipziger Strasse: A 4, Zentrum 8533
Alexanderplatz: E 1, Berolina 0019
Frankfurter Allee: E 3, Königstadt 270
Wilmersdorfer Str.: C 1, Steinplatz 8151
Belle-Alliance-Str.: F 5, Borgm. 4570
Kottbuser Damm: F 6, Baerwald 1191
Andreasstrasse: E 4, Alexander 2504
Brunnenstrasse: D 4, Humboldt 3334

HERMANN TIETZ

Leipziger Str. * Alexanderplatz * Frankfurter Allee * Wilmersdorfer Str. * Belle-Alliance-Str. * Brunnenstr. * Kottbuser Damm * Andreasstr.

Die Arbeit der städtischen Baugesellschaften

Die Frage der Zusammenfassung der in erheblicher Zahl bestehenden gemeinnützigen Baugesellschaften, an denen die Stadt Berlin beteiligt ist, wird schon seit längerer Zeit erörtert. Ueber die Arbeit dieser Baugesellschaften und der Wohnungsfürsorgegesellschaft berichtet eine vom Magistrat veröffentlichte Uebersicht, die sich auf die Bilanzen des Geschäftsjahres 1927 stützt.

Rein städtische Baugesellschaften.

Gemeinnützige Baugesellschaft Berlin-Ost.

Höhe des Gesellschaftskapitals 75 000 M., Beteiligung der Stadt 100 Proz., Dividende 5 Proz. mit 3750 M. Im Geschäftsjahr 1927 wurden 653 Wohnungen gebaut. Fertiggestellt wurden 9 Wohnungen mit 1 Wohnraum, 119 Wohnungen mit 1 1/2 Wohnräumen, 115 Wohnungen mit 2 Wohnräumen, 372 Wohnungen mit 2 1/2 Wohnräumen, 11 Wohnungen mit 3 Wohnräumen, 26 Wohnungen mit 3 1/2 Wohnräumen, 2 Bäder. (Küchenraum nicht mitgezählt.)

Von den Wohnungen liegen 4 in zweigeschossigen, 304 in dreigeschossigen und 344 in vier- und mehrgeschossigen Bauten. 245 Wohnungen sind Eigentum der Gesellschaft. Verwaltet werden 1704 Wohnungen. Die Höhe der Mieten (durchschnittlich) beträgt im ersten Geschoss für 1 Wohnraum 43 M., für 1 1/2 Wohnräume 55 M., für 2 Wohnräume 65 M., für 2 1/2 Wohnräume 71 M., für 3 Wohnräume 83 M., für 3 1/2 Wohnräume 105 M., für 4 und mehr Wohnräume 140 M. Die Bauten sind vorwiegend mit Hauszinssteuerhypotheken, Zusagehypotheken und einer 1. Hypothek, die im Jahre 1927 bewilligten Bauten an Stelle der Zusagehypothek mit einer Bürgschaftshypothek finanziert. Zu 3 Häusern wurden Mieterzuschüsse gegeben.

Pankower Heimstätten-Gesellschaft.

Höhe des Gesellschaftskapitals 100 000 M., Beteiligung der Stadt 100 Proz., Dividende 4 Proz. mit 4000 M. Gebaut wurden 290 Wohnungen, davon 8 Wohnungen mit 1 Wohnraum, 62 Wohnungen mit 1 1/2 Wohnräumen, 71 Wohnungen mit 2 Wohnräumen, 126 Wohnungen mit 2 1/2 Wohnräumen, 6 Wohnungen mit 2 3/4 Wohnräumen, 13 Wohnungen mit 3 Wohnräumen, 4 Wohnungen mit 3 1/2 Wohnräumen. (Küchenraum nicht mitgezählt.) Von den Wohnungen liegen 282 in dreigeschossigen Bauten und 8 in vier- und mehrgeschossigen Bauten. Im Eigentum der Gesellschaft sind 150 Wohnungen auf eigenem Gelände in Pankow, 140 Wohnungen auf städtischem Gelände werden von der Gesellschaft verwaltet. Die Höhe der Mieten (durchschnittlich) beträgt für Wohnungen mit 1 Wohnraum 38 M., mit 1 1/2 Wohnräumen 43 M., mit 2 Wohnräumen 56 M., mit 2 1/2 Wohnräumen 62 bis 67 M., mit 3 Wohnräumen 74 bis 80 M., mit 3 1/2 Wohnräumen 86 M. Für Wohnungen in der 1. Etage und für Wohnungen mit Loggien wird ein Mehrpreis von je 2 M. monatlich erhoben. Die Bauten wurden mit Hauszinssteuerhypotheken und — soweit sie nicht auf städtischem Grundstücken erbaut wurden — mit 1. Hypotheken der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte finanziert.

Gemeinnützige Baugesellschaft Adamistraße und Waldsiedlung Spandau A.-G. in Liquidation.

Höhe des Gesellschaftskapitals je 20 000 M., Beteiligung der Stadt je 100 Proz., Dividende je 4 Proz. mit 800 M. 228 Wohnungen konnten im Geschäftsjahr 1927 gebaut werden, davon 1 Wohnung mit 1 Wohnraum, 34 Wohnungen mit 1 1/2 Wohnräumen, 31 Wohnungen mit 2 Wohnräumen, 143 Wohnungen mit 2 1/2 Wohnräumen, 6 Wohnungen mit 3 Wohnräumen, 13 Wohnungen mit 3 1/2 Wohnräumen und 6 Bäder. (Küchenraum nicht mitgezählt.) 16 Wohnungen liegen in zweigeschossigen, 72 in dreigeschossigen, 140 in vier- und mehrgeschossigen Bauten, 200 Wohnungen sind Eigentum der Gesellschaft und 228 Wohnungen werden von ihr verwaltet. Die Höhe der Mieten (durchschnittlich) beträgt für Wohnungen mit 1 Wohnraum 50 M., mit 1 1/2 Wohnräumen 56 M., mit 2 Wohnräumen 68 M., mit 2 1/2 Wohnräumen 72 M., mit 3 Wohnräumen 85 M., mit 3 1/2 Wohnräumen 100 M. Die im Eigentum der Gesellschaft befindlichen Neubauten sind finanziert

durch 1. Hypotheken, 2. Bürgschaftshypotheken und Hauszinssteuerhypotheken. Die der Stadt gehörenden Neubauten sind durch städtische Anleiheemittel und Hauszinssteuerhypotheken finanziert.

Heimstätten-Gesellschaft „Primus“.

Höhe des Gesellschaftskapitals 90 000 M., Beteiligung der Stadt 100 Proz., 4 Proz. Dividende mit 3600 M. Im Geschäftsjahr wurden 462 Wohnungen gebaut, davon 3 Wohnungen mit 1 Wohnraum, 155 Wohnungen mit 1 1/2 Wohnräumen, 19 Wohnungen mit 2 Wohnräumen, 210 Wohnungen mit 2 1/2 Wohnräumen, 22 Wohnungen mit 3 Wohnräumen, 50 Wohnungen mit 3 1/2 Wohnräumen, 3 Wohnungen mit 4 und mehr Wohnungen und 10 Bäder. (Küchenraum nicht mitgezählt.) Von diesen Wohnungen liegen 334 in dreigeschossigen und 128 in vier- und mehrgeschossigen Bauten. Sämtliche 462 Wohnungen sind im Eigentum der Gesellschaft und werden von ihr verwaltet. Die Höhe der Mieten (durchschnittlich) beträgt für Wohnungen mit 1 Wohnraum 43 M., mit 1 1/2 Wohnräumen 54 M., mit 2 Wohnräumen 65 M., mit 2 1/2 Wohnräumen 76 M., mit 3 Wohnräumen 81 M., mit 3 1/2 Wohnräumen 92 M., mit 4 und mehr Wohnräumen 108 M. Die Bauten wurden mit Hauszinssteuerhypotheken, städtischen Zusch. bzw. Bürgschaftshypotheken und 1. Hypotheken beliehen.

Gesellschaften mit Beteiligung der Stadt.

Gemeinnützige Baugesellschaft Berlin-Heerstraße.

Höhe des Gesellschaftskapitals 45 000 M., Beteiligung der Stadt mit 66 2/3 Proz. gleich 30 000 M., der Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin mit 33 1/3 Proz. gleich 15 000 M., Dividende 5 Proz. mit 1500 M. für die Stadt bzw. 750 M. für die Wohnungsfürsorgegesellschaft. Im Geschäftsjahr 1927 wurden 395 Wohnungen erbaut, davon 102 Wohnungen mit 2 Wohnräumen, 226 Wohnungen mit 2 1/2 Wohnräumen, 13 Wohnungen mit 3 Wohnräumen, 32 Wohnungen mit 3 1/2 Wohnräumen und 7 Bäder. (Küchenraum nicht mitgezählt.) Außerdem wurden errichtet ein Säuglingsheim, eine Kinderfürsorgeeinrichtung, ein Jugendheim und Schwesterwohnungen. (Insgesamt 13 Wohnungen.) Die Wohnungen liegen sämtlich in vier- und mehrgeschossigen Bauten. 113 Wohnungen gehören dem Eigentum der Gesellschaft und 267 werden von ihr verwaltet. Die Höhe der Mieten (durchschnittlich) beträgt für Wohnungen mit einem Wohnraum 44 M., mit 1 1/2 Wohnräumen 52 M., mit 2 Wohnräumen 63 M., mit 2 1/2 Wohnräumen 75 M., mit 3 Wohnräumen 84 M., mit 3 1/2 Wohnräumen 95 M., mit 4 und mehr Wohnräumen 113 M. 260 Wohnungen wurden mit Hauszinssteuerhypotheken und Bürgschaftshypotheken finanziert.

Heimstätten-Siedlung Berlin-Wilmersdorf.

Höhe des Gesellschaftskapitals 50 000 M. Im Besitze der Stadt sind 49 100 M. Aktien, Dividende 4 Proz. gleich 2000 M. 647 Wohnungen wurden im Geschäftsjahr 1927 gebaut, davon 1 Wohnung mit 1 Wohnraum, 13 Wohnungen mit 1 1/2 Wohnräumen, 62 Wohnungen mit 2 Wohnräumen, 461 Wohnungen mit 2 1/2 Wohnräumen, 34 Wohnungen mit 3 Wohnräumen, 68 Wohnungen mit 3 1/2 Wohnräumen und 2 Bäder. (Küchenraum nicht mitgezählt.) 52 Wohnungen liegen in zweigeschossigen, 64 in dreigeschossigen und 531 in vier- und mehrgeschossigen Bauten. Im Eigentum der Gesellschaft sind 647 Wohnungen, die auch sämtlich von ihr verwaltet werden. Die Höhe der Mieten (durchschnittlich) beträgt für Wohnungen mit 1 Wohnraum 43 M., mit 1 1/2 Wohnräumen 47 M., mit 2 Wohnräumen 57 M., mit 2 1/2 Wohnräumen 72,50 M., mit 3 Wohnräumen 86,50 M., mit 3 1/2 Wohnräumen 113 M. Die Bauten wurden mit 1. Hypotheken, Hauszinssteuerhypotheken und Zusch. hypotheken finanziert.

Tempelhofer Feld - Heimstätten-Gesellschaft.

Höhe des Gesellschaftskapitals 300 000 M., Beteiligung der Stadt mit 75 Proz. gleich 225 000 M., des preussischen Staats mit 25 Proz. gleich 75 000 M., keine Dividende. Im Geschäftsjahr 1927 wurden 244 Wohnungen gebaut, davon 96 Wohnungen mit 2 1/2 Wohnräumen, 48 Wohnungen mit 3 1/2 Wohnräumen, 100 Wohnungen mit

4 und mehr Wohnräumen. (Küchenraum nicht mitgezählt.) Von diesen Wohnungen liegen 100 in Einfamilienhäusern und 144 in vier- und mehrgeschossigen Bauten. Im Eigentum der Gesellschaft sind 144 Wohnungen. Die Höhe der Mieten (durchschnittlich) beträgt für Wohnungen mit 2 1/2 Wohnräumen 70—77 M., mit 3 1/2 Wohnräumen 110 M. Die Wohnungen wurden mit 1. Hypotheken und Hauszinssteuerhypotheken finanziert.

Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin.

Stammkapital 322 000 M., Beteiligung der Stadt mit 99,7 Proz. gleich 320 000 M., des preussischen Staates und der Landesversicherungsanstalt Berlin mit je 0,15 Proz., zusammen 2000 M.; Dividende 5 Proz. mit 16 000 M. Aufgabe der Gesellschaft ist die Finanzierung des Kleinwohnungsbaues in Groß-Berlin auf der Grundlage der Hauszinssteuer. Die Gesellschaft verfügt über eine Gesamtfläche von 1 659 070 Quadratmetern, sie hat von ihrem Grundbesitz im verlassenen Geschäftsjahr 135 349 Quadratmeter verkauft, zum weitaus größten Teil an gemeinnützige Baugesellschaften, und zwar mit Bauverpflichtung. Die im Rechnungsjahr 1927 für Neubau zweckverwendbare Hauszinssteuer-mittel beliefen sich auf rund 122,5 Millionen Mark. Mit diesen Mitteln wurde der Bau von 16 675 Wohnungen finanziert. Außerdem konnten aus dieser Summe für weitere rund 10 000 Wohnungen grundsätzliche Hypothekenzusagen erteilt werden. Im Geschäftsjahr 1924 konnten 10 650 Wohnungen, im Geschäftsjahr 1925 9807 Wohnungen und im Geschäftsjahr 1926 16 159 Wohnungen errichtet werden. Die Gesamtzahl der in den ersten 4 Geschäftsjahren finanzierten Wohnungen beträgt rund 62 200.

Schafft Heime!

Die Wohnungsnot im Bezirk Friedrichshain.

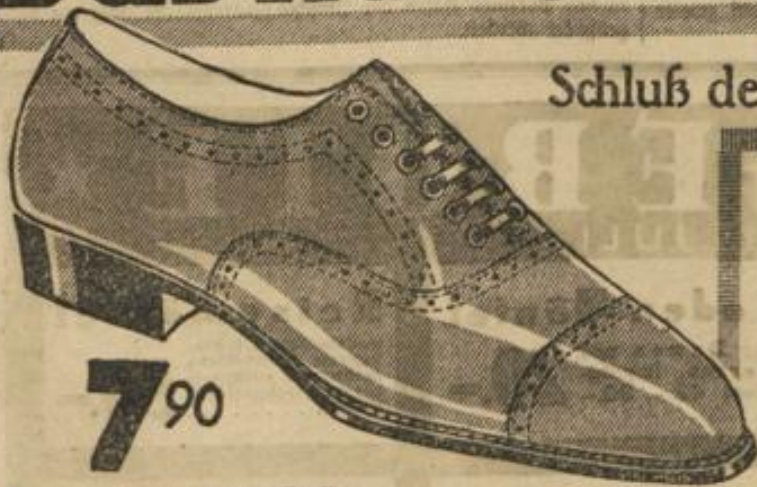
Der Bezirk Friedrichshain ist unter den 20 Groß-Berliner Verwaltungsbezirken der kleinste. Die Bezirksfläche macht nur 1 Proz. der Stadtgebietsfläche aus.

Von dem 877 Hektar umfassenden Gebietsumfang sind 440 bebaut, 174 Hektar entfallen auf Straßen, Plätze usw., 107 Hektar auf Eisenbahnterrain, 44 Hektar auf öffentliche Wasserläufe, 20 Hektar auf Friedhöfe und nur 48 Hektar auf Parkanlagen. Die Bevölkerungsdichte ist dementsprechend groß. Auf die bebauten Fläche entfallen nicht weniger als 764,4 Bewohner je Hektar. Eine Ausdehnungsmöglichkeit ist dem Bezirk nicht mehr gegeben. Baugelände ist kaum noch vorhanden. In der Bekämpfung der Wohnungsnot steht der Bezirk vor einem der schwierigsten Probleme. Mit seinen rund 338 000 Einwohnern an fünfter Stelle der Groß-Berliner Bezirke sieht er, vermag er die große Zahl der Wohnungsuchenden nur zu einem bescheidenen Bruchteil zu befriedigen zu stellen. Wie aus dem Geschäftsbericht des Bezirksamts für das erste Vierteljahr 1929 ersichtlich ist, waren am 31. März 1929 Wohnungsuchende noch nicht erledigt, d. h. Gesuche von solchen Bewerbern, die noch nicht in die Liste der Wohnungsuchenden gesetzt werden konnten. Gegenüber dem Stand am Anfang des Quartals ist hier eine Zunahme von 241 zu verzeichnen. Welche ungeheure Wohnungsnot im Bezirk Friedrichshain herrscht, ist aus den weiteren Angaben des Bezirksamt ersichtlich. Am 1. Januar 1929 waren nicht weniger als 11 925 Wohnungsuchende in die Listen des Wohnungsamts eingetragen, die wegen Mangel an geeigneten Räumen nicht berücksichtigt werden konnten. Im Laufe des Vierteljahres sind 1715 neue Bewerber hinzugekommen. 792 konnten im gleichen Zeitraum von der Gesamtzahl nur berücksichtigt werden, respective schieden aus verschiedenen Gründen aus der Liste aus. Der 31. März schloß mit einer Zahl von 12 848 Wohnungsuchenden. Das bedeutet in der kurzen Zeit von drei Monaten allein eine Zunahme von 923 Ehepaaren ohne eigene Wohnung.

Die nahezu ausichtslose Möglichkeit genügen Wohnraum für die Bevölkerung des an die City anschließenden Ostens zu schaffen, macht es verständlich, wenn das Bezirksamt jeden Zugang — im Gegenlag zu den meisten Groß-Berliner Bezirken — als unerwünscht ansehen muß. Die Aufgaben des Bezirks liegen daher auch im wesentlichen auf anderen Gebieten, zu denen in erster Linie die Sorge für die heranwachsende Jugend, die Vinderung der ungeheuren Not der schaffenden Bevölkerung und der Ausbau des Gesundheits- und Wohlfahrts-wesens gehören.

Das haben wir möglich gemacht

Schluß der Propaganda-Tage am 8. Juli



7⁹⁰

- Herren-Haibschuhe, schwarz Rindbox, weiß gedoppelt; in braun 8⁰⁰
- Herren-Stiefel, schwarz Rindbox, kräftige Verarbeitung 8⁰⁰
- Herren-Haibschuhe, Lack, elegante Form, weiß gedoppelt 10⁰⁰
- Herren-Haibschuhe, braun echt Box-koll, amerikanische Form, auch mit Kombination 11⁰⁰

- Brauner Mädchen-Spengenschuh Gr. 31-35 6⁹⁰, 27-30 5⁹⁰
- Kinder-Spengenschuhe in schwarz Gr. 25-26 3⁶⁰, 23-24 3³⁰ in braun Gr. 25-26 3⁹⁰, 23-24 3⁶⁰ in Lack Gr. 25-26 4⁴⁰, 23-24 3⁹⁰

- Flor-Damenstrümpfe, mit Naht und Doppelsohle 0⁹⁵
- Hobo-Strümpfe, festes Strümpferband 0⁹⁵
- Künstl. Wäsche, in modernen Farben 1⁴⁵
- Fantasia-Herrensocken, in Baumwolle 0⁹⁵
- desgl. in Flor und künstl. Seide 1⁴⁵



5⁹⁰

- Damen-Sandaletten, in verschiedenen Farben 7⁹⁰ 5⁹⁰
- Damen feinfarbige Rob - Chevreau-Spengenschuhe in modernen Farben 6⁰⁰
- Damen feinfarbige Rob - Chevreau-Spengenschuhe mit LXV-Absatz in modernen Farben 6⁰⁰
- Damen schwarze Spengenschuhe, seltene Gelegenheit 4⁰⁰
- Damen-Lack-Spengenschuhe, sehr sportives Modell 6⁰⁰
- Damen feinfarb Kalbleder-Spengenschuhe mit LXV-Absatz 8⁰⁰
- Damen kombinierte Lausische, letzte Mode 11⁰⁰



Ca. 130 eigene Verkaufsstellen, davon 21 in Groß-Berlin und Potsdam

Luftballons gratis!

Aus der Arbeit der Bezirke.

Für die Gesundheit der Kinder.

2. Bezirk - Tiergarten.

In der letzten Sitzung vor den Ferien verabschiedete die Bezirksversammlung Tiergarten die Anmeldeung der einmaligen Ausgaben. Unter den Ausgaben wird für die Errichtung eines Verwaltungsdienstgebäudes 1 Million Mark angefordert. Zurzeit werden an Mieten für Bureaugebäude im Jahre 300 000 M. gezahlt. Es liegt auf der Hand, daß diese Ausgabe unwirtschaftlich und die Errichtung eines eigenen Verwaltungsgebäudes für einen so großen Bezirk eine dringende Notwendigkeit ist. Unser Redner monierte, daß für Erneuerung des Anstriches bei elektrifizierten Schulen für drei höhere Schulen 92 000 M. angelegt sind, während für elf Doppelschulen nur 298 000 M. vorgezogen sind. Das Bezirksamt würde hierüber keine ausreichende Auskunft geben. Für die Wasserleitung vor der Schule Waldenfer Straße wurden auf Antrag 10 000 M. eingeleitet. Vor vielen Schulen ist ein Schild angebracht mit der Aufschrift: Schule, damit Fuhrwerke zu vorsichtigen Fahren gemahnt werden, um die herausströmenden Kinder zu schützen. Wir verlangten, daß auch vor der weltlichen Schule Waldenfer Straße ein solches Schild angebracht wird. Der Antrag wurde angenommen. Wir hatten ferner einen Antrag gestellt betreffend Wiedereingliederung von Kosten für Verschickung von Kindern nach dem Strandbad Wannsee. Die Kosten für diese Verschickung sind aus Vorbehaltsmitteln bewilligt worden, und eine Wiedereingliederung soll nicht erfolgen. In der vorhergehenden Sitzung hatte das Bezirksamt in Abrede gestellt, daß die Eltern von verschickten Kindern zu den Kosten herangezogen werden. Jetzt konnte unser Redner nachweisen, daß doch eine Wiedereingliederung der Kosten in zahlreichen Fällen erfolgt ist. Das Bezirksamt mußte zugeben, daß bei näherer Information sich herausgestellt hat, daß die Beträge tatsächlich eingezogen worden sind, es sei dies aber nunmehr vom Bürgermeister Döflein unterlagert worden. Die Deutschnationalen hatten eine Anfrage auf der Tagesordnung, ob es richtig sei, daß die sämtlichen Schulen des Bezirkes zum Verfallstages am 11. August zu einem großen Demonstrationstages sich zusammenschließen sollen, um hinter der Reichsflagge in den Straßen des Bezirkes einen Umzug zu machen, und was das Bezirksamt veranlaßt habe, um dieses Unternehmen zu unterbinden. Der Behandlung dieser Anfrage haben wir mit Vergnügen entgegen. Leider wurde sie aber von der deutschnationalen Fraktion zurückgezogen.

Kein Interesse für Kommunalpolitik!

15. Bezirk - Treptow.

Die Bezirksversammlung Treptow verabschiedete in ihrer letzten Sitzung die einmaligen Anforderungen zum Haushaltsplan 1930. Genosse Bürgermeister Grunow begründete die Vorlage und ersuchte alle Stadtverordneten, sich in ihren Fraktionen für diese Anforderungen, die das Notwendigste darstellen, einzusetzen. Namens unserer Fraktion erklärte Genosse Becker die Zustimmung zu dieser Vorlage und bedauerte, daß infolge der Finanzlage der Stadt nicht die weitergehenden Wünsche unserer Fraktion Berücksichtigung gefunden haben. Für besonders dringlich bezeichnete er neben den Anforderungen die Regulierung der Zufuhrstraße nach Johannisplatz, damit die große Gefahrenquelle für den Fußgänger wie auch für den Fuhrwerkverkehr beseitigt wird. Den Ausbau der Freibäder, wie auch die Errichtung der Volkshochschule, der Wohlfahrtsämter, den Bau einer Brücke im Zuge der Baumfahrschule in Baumfahrschuleweg usw. hält die Fraktion für dringend notwendig. Der Vertreter des Blocks der Mitte erklärte ebenfalls seine Zustimmung und bat, besonders den Bau der Brücke in Baumfahrschuleweg als dringlich zu betrachten. Die Vertreter der SPD. und der Deutschnationalen sandten kein Wort für die Anforderungen, die doch die erste Arbeit für den Haushaltsplan 1930 darstellen. Die Versammlung stimmte dem Bebauungsplan für einen großen Teil des Geländes im Ortsteil Treptow-Mitte zu. Diese Vorlage nimmt Rücksicht auf die Anlegung zweier Eisenbahnabgänge und zwar an der Parkstraße und Eichbuschallee. Für dieses Gelände ist nur die Handbebauung vorgesehen, während im Inneren Spielplätze und Baubentolonien gedacht sind. Von unserer Fraktion lag ein Antrag vor, der wünschte, daß den Arbeitern, Angestellten und Beamten, unter Berücksichtigung der Finanzlage der Stadt Berlin, die Lohn- bzw. Gehaltsbezüge vor Urlaubsbeginn gekürzt werden. Genosse Lempert begründete diesen Antrag und wies besonders die Angriffe der Deutschnationalen zurück. Genosse Bürgermeister Grunow erklärte sich namens des Bezirksamts mit dem Antrage einverstanden. Genosse Lehner beschäftigte sich eingehend mit den Äußerungen des deutschnationalen Redners und kennzeichnete unter Beifall der Versammlung Theorie und Praxis bei diesen Herren.

Schafft ein modernes Freibad!

18. Bezirk - Weißensee.

In der Weißenseer Bezirksverordnetenversammlung vom 26. Juni gab das Bezirksamt Kenntnis von der Herstellung des Freibades am Drankesee. Die geplanten Aufbauten — die nach den Entwürfen der Bauverwaltung errichtet worden sind — haben einen Wert von 55 000 M. Sie sind nun dem Pächter Heidem-Heinrich hergestellt worden, da vom Magistrat Mittel zur Errichtung eines großzügigen Bades nicht zur Verfügung gestellt werden konnten. Der Babelstand ist 200 Meter lang und 20 Meter breit. Die Unterwasserfläche fassen 2720 Personen. Bei genügend starker Spannung

nahme soll die Rutschschwimmerabteilung vergrößert werden, ferner soll noch ein Sprungturm mit Steganlage und eine 50 Meter lange Trainingsbahn errichtet werden. Nach Ablauf der 10jährigen Pachtzeit gehen sämtliche Anlagen in den Besitz der Stadt Berlin über. Bereits am Tage nach der Eröffnung war das Bad von etwa 4000 Personen besucht, ein Beweis, wie notwendig die Errichtung des Bades gewesen ist. Genosse Stadtrat Müller betonte nachdrücklich, das Wasser sei als völlig einwandfrei festgestellt worden. Mit einer einzigen Ausnahme begrüßte die Versammlung die Errichtung des Freibades. Ueber einen Antrag der SPD. auf Abhebung des Polizeipräsidenten usw. ging die Versammlung zur Tagesordnung über. Ein weiterer Agitationsantrag der SPD. über die Erwerbshöfen wurde abgelehnt, da er nicht zur Zuständigkeit der Bezirksversammlung gehörte. Die Versammlung beschloß, bis zum 15. August in die Ferien zu gehen.

Für Spielplätze und gute Volksschulen.

20. Bezirk - Reinickendorf.

In der Bezirksversammlung Reinickendorf wurde die Anfrage der bürgerlichen Fraktion über die Unterbringung der Tuberkulosefürsorge beantwortet. Dafür soll eine Baracke mit festem Unterbau hergerichtet werden. Außerdem sollen 150 000 M. als erste Rate für den Bau eines Gesundheitshauses in den neuen Etat eingeseht werden. Ein sozialdemokratischer Antrag, der das Bezirksamt beauftragt, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Zuweisung von Wohlfahrtsunterstützungsempfängern in Neubauwohnungen des Bezirkes zu verhindern, wurde durch die Genossen Wildorf und Koch begründet. Er wurde angenommen mit einem Zusatzantrag, der von dem Bezirk, der solche Wohnungsuchenden zugewiesen hat, verlangt, zahlungsfähige Mieter dann bei der Vergabe von Mietwohnungen zu bevorzugen. Dem Kauf einiger Grundstücke am Hermsdorfer Fließ wurde zugestimmt, um dieses schöne Fließtal der Allgemeinheit zu erhalten. Ebenfalls wurde dem Ankauf des Sportplatzes „Allemania“ zugestimmt. Dieses Grundstück liegt in der Freizeitanlage, die sich zwischen Veltener Weg und der Berlin-Krommener Eisenbahn erstreckt. Die Grünanlagen sind bis an das Grundstück bereits fertiggestellt. Der Sportplatz soll wegen des Mangels im östlichen Teil des Bezirkes als solcher erhalten bleiben. Auf der Vorder- und Rückseite sollen Verbindungen mit den Grünanlagen geschaffen werden. Genosse Wollschläger wies darauf hin, daß es notwendig wäre, die Verwaltung des Platzes der Abteilung Jugendpflege und Leibesübungen zu übertragen und nicht wieder, wie es beim Sportplatz Wittenau erfolgt ist, der Partverwaltung. Die Vorlage des Bezirksamts, nach der an das Gymnasium einige Klassen angegliedert werden sollen, damit eine realgymnastische Studienanstalt entsteht, wurde angenommen. Genosse Meier bemerkte hierbei, daß wir Sozialdemokraten in erster Linie für eine Verbesserung und Hebung der Volksschulen eintreten. Bis zur Reifeprüfung dürfen nur die Begabten gefördert werden, ganz gleich, ob es Mädchen oder Knaben sind. Die Sommerferien für die Bezirksverwaltung wurden auf die Monate Juli und August festgelegt.

Die bildungsfeindlichen Bürgerlichen.

Um die einmaligen Anforderungen des Bezirkes für den Haushaltsplan 1930 vor den Ferien dem Magistrat unterbreiten zu können, wurde vom 20. Bezirk noch eine Bezirksversammlung einberufen. Bezirksbürgermeister Reichheim führte aus, daß im Jahre 1928 durch die 2330 neu hergestellten Wohnungen der Bezirk Reinickendorf etwa 9000 Einwohner mehr erhalten hat. Da gegenwärtig 5000 Wohnungen im Bau sind, ist damit zu rechnen, daß am 1. April 1930 mindestens 150 000 Einwohner gezählt werden, gegenüber einer Zahl von 92 000 bei der Bildung Groß-Berlins. Durch dieses Anwachsen ist es verständlich, daß die Anforderungen sich dauernd vergrößern. Besonders müssen für den Straßenbau bei dem anwachsenden Verkehr immer größere Summen eingestellt werden. Ebenso verlangt die steigende Kinderzahl den rechtzeitigen Bau von Schulen, damit nicht in den anderen Ortsteilen solche katastrophalen Verhältnisse eintreten, wie es gegenwärtig in Wittenau der Fall ist. Durch Verhandlungen sei es gelungen, die Gefahrenzone an der Berliner Ecke Humboldtstraße zu beseitigen. Wenn auch in einer solch großen Gemeinde, wie Berlin es ist, nicht alles so schnell und reibungslos sich erledigen läßt, wie in einer kleineren Stadt, so hat doch die Bildung Groß-Berlins den Einwohnern des Bezirkes unverkennbare Vorteile gebracht. Genosse Wollschläger wies darauf hin, daß von den Anforderungen, die sich auf über 19 Millionen Mark belaufen, wohl nur ein Teil bewilligt werden wird. Vieles sei schon früher gefordert worden und muß wegen der Notwendigkeit immer wieder erscheinen. An der Reihenfolge der Forderungen, die nach der Dringlichkeit geordnet sind, wünscht er nichts zu ändern. Der Vertreter der Bürgerlichen möchte die Mittel für den Bau einer Stadtbibliothek in Reinickendorf gestrichen wissen. Genosse Eipel trat dem entgegen und verwies auf andere Bezirke, die bereits derartige Gebäude seit langem besitzen. Außerdem haben sich die Bürgerlichen im Vorjahr nicht gegen diese Forderung gewandt. Der Sprecher der Kommunistischen Partei deutete an, daß sie erst bei dem ordentlichen Haushalt ihre Kritik ansetzen wollen. Nachdem ein Antrag für Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Endhäufstelle der Autobuslinie 15 in Hermsdorf angenommen war, wurde die Annahme der Vorlage des Bezirksamts über die einmaligen Anforderungen von der Bezirksversammlung einstimmig beschlossen. Um eine spätere Erweiterung der 2. Volksschule in der Augusta-Viktoria-Straße zu ermöglichen, wurde dem Ankauf zweier Nachbargrundstücke zugestimmt.

Freizeitnutzung durch Jugendfahrten.

Auch Eltern müssen manchmal noch erzogen werden.

Tausende junger Menschen verließen in allernächster Zeit für fünf lange Ferienwochen die dumpe Stadt, werden hinausgeführt aus der Enge und der Unrast des Großstadtlebens, fort von düsteren Hinterhöfen und aus schlechten Wohnungen. In den Jugendämtern der Reichskommune Berlin herrscht Hochbetrieb. Hier trachtet man, in besonderer Weise den sozialen Schäden, die unserer Proletarierjugend erwachsen, zu begegnen. Eine Unzahl Ferienzüge werden vorbereitet, die in alle Himmelsrichtungen hinausgehen werden. Man sollte diesem Streben nach weltgreifender Erholungsfürsorge in allen Bevölkerungskreisen tatkräftige Förderung angedeihen lassen.

Ein anderes Gebiet mit denselben Zielen entwickelt sich im Jugendwandern. Auch hier stete Förderung durch die Jugendämter. Besonders gilt sie der erwerbslosen Jugend. Eine große Zahl konnte durch die Zusammenfassung in Tages-Jugendheimen, durch Arbeit in Jugendwerkstätten und durch Jugendwanderungen (schon den ungesunden Einflüssen ihrer oft sozialen Umwelt entzogen werden. Die Erfolge lohnten das Werk. Und doch erweisen sich gerade in diesen Kreisen solchen Bestrebungen gegenüber allzu oft noch die Eltern als stärkster Hemmnis. Ein Beispiel von vielen erweckte in diesen Tagen erst in einem Jugendamt des Berliner Ostens großes Aufsehen. Eine mehrtägige Jugendwanderung sollte hier einer größeren Zahl Mädchen Erholung bieten. Unter größter Beschimpfung der kommunalen Fürsorgeeinrichtungen erhob hier die Mutter einer Neizehntjährigen Protest, da sie „früher solches auch nicht gehabt“ hätte. Dem Mädel wurde zu Hause, um jedes Fortgehen zu unterbinden, jegliche Freiheit und auch das Essen entzogen. Man sollte in unserer Zeit derartiges kaum für möglich halten. Um so mehr ist die aufklärerische Arbeit durch Partei und Jugend notwendig.

Berlins Fremdenverkehr.

Seit Beendigung des Krieges sind die europäischen Staaten sehr bemüht, möglichst viel Ausländerverkehr nach ihren Ländern zu ziehen. Auch Deutschland, das vor dem Kriege weniger bedacht sein mußte, Deswegen auf diesem Wege in Besitz zu bekommen, macht seit Kriegsende größere Anstrengungen. Vor dem Kriege war die Ausfuhr, der Ueberfluß aus den Erträgen der Handelsflotte, groß genug, die erforderlichen Zahlungsmittel zu beschaffen.

Die „Berliner Festwochen“ sollten ebenfalls der Heranziehung von Fremden, besonders aus dem Ausland, dienen. Inwieweit dies gelang, ist noch nicht festzustellen. Für die Beurteilung der finanziellen Auswirkung des Fremdenverkehrs sind die statistischen Angaben über die Uebernachtungen in Hotels usw., wie sie der Polizei erstattet werden, unzulänglich, denn es fehlen die Angaben über die Dauer des Aufenthalts. Solche Angaben werden jetzt vom Preussischen Statistischen Landesamt über das Jahr 1927/28 gemacht. Sie sind unter Mithilfe der Hotelier-Bereine ermittelt worden. Obgleich sie nicht, wie die polizeilichen Erhebungen, alle Beherbergungsstätten umfassen, so berichten sie doch über die wichtigsten und vor allem über die, in denen Ausländer verkehren. Danach waren in der genannten Zeit von den in Berliner Hotels abgestiegenen Fremden 221 746 oder 15,4 Proz. Ausländer. Der Aufenthalt währte im Durchschnitt je 3,1 Tag. Ueber das, was die Fremden wohl täglich durchschnittlich hier ausgegeben haben mögen, kann man die aller verschiedensten Berechnungen anstellen, jedenfalls ist nicht zu verkennen, daß für das verarmte Europa die aus dem Fremdenverkehr erwachsenden Ueberschüsse im höchsten Grade willkommen sind. Aus der Tatsache, daß die Ausländer sich im Durchschnitt nur 3 Tage in Berlin aufhalten, ist zu schließen, daß die Anziehungskraft der deutschen Reichshauptstadt auf die ausländischen Gäste beauerlicherweise nicht allzu groß zu sein scheint. Etwas größere Ueber die deutschen Heilbäder aus. So blieb in Wiesbaden jeder ausländische Fremde im Durchschnitt 10,8 Tage.

Eine Uebersicht über die gesamten deutschen Bäder, von denen viele einen Belustigungswert, würde gewiß recht interessante Aufschlüsse über die Bedeutung des Fremdenverkehrs geben.

Der Güterverkehr in den Berliner Häfen 1928.

Der Güterverkehr auf den Berliner Wasserstraßen hat in den letzten Jahren ständig zugenommen. Eingänge sowohl wie Ausgänge. Rechnen wir den Güterverkehr in Eingang und Ausgang zusammen, so ergeben sich für die gesamten Häfen folgende Zahlen: 1926 waren es 1 991 013 Tonnen, 1928 3 060 282 Tonnen, eine Steigerung liegt also vor von 53,7 Proz. Nimmt man noch den Zug- und Abgang per Bahn dazu, so kommt man auf rund 3 620 000 Tonnen oder gegen 1926 auf eine Zunahme von 58,4 Proz.

Der Ueberanteil des gesamten Verkehrs entfällt auf den 1923 vollendeten Westhafen, der auch im letzten Jahre noch weitere Verbesserungen in den technischen Anlagen und in den Betriebs-einrichtungen erfahren hat. Dieser Hafen mit einer Gesamtfläche von 391 000 Quadratmeter, seinen 16 Kilometer Gleisanlagen, seinen Lagerhallen, Schuppen und Speichern ist noch einem viel stärkeren Verkehr gewachsen. Wenn erst die Großschiffahrtskanäle und die geplanten Schleusenanlagen fertiggestellt sein werden, wird in den Berliner Häfen der Umschlaggüterverkehr noch ein bedeutend größerer werden.

★ SONDERANGEBOTE ★

EXTRA PREISE BIS 13. JULI

Sakko-Anzüge

zweireihige moderne Formen, dezente Karomuster 48, 39 **29.-**

Sport-Anzüge

5 teilig, Sakko, Weste, Breeches oder Knickerbocker, lange Hosen und Mütze **54.-**

Wanderhosen 3.75

Breeches 5.25
Knickerbocker 8.75

Loden-Mäntel

für Damen und Herren, imprägniert 42.-, 30.- **20.-**

Reisemäntel

moderfarbige u. braunkarierte reinwollene Stoffe mit ausknöpfbarem, kunstseidenem Futter **56.-**

Knaben-Wasch-Anzüge

leicht angestaubt **3.25**
Spielhöschen 95 Pf.

Strandhosen

grauer und modelfarbiger Cheviot **11.75**
weißer Körper 5.75

Herren-Filzhüte

mit kleinen Fehlern . . 2.50
Herren-Oberhemd. gute Qualitäten 4.95

Damen-Schlepipler

Kunstseide, gute Qualitäten, moderne Farben 1.25
Prinzehunterkleid. für Damen, gestreift Kunstseide, sehr elegant 2.50

Badanzüge

farb. Oberstoff, dunkle Hose **1.20**
Badanzüge reine Wolle, gute Qualität **4.50**
Knab. Sporthemden 2.-
Herren-Socken Kunstseide, plattiert 80 Pf.

BERLIN N4
CHAUSSEESTR. 29/30



BAERSONNEN

U-BAHN
STETTINER BHF.